



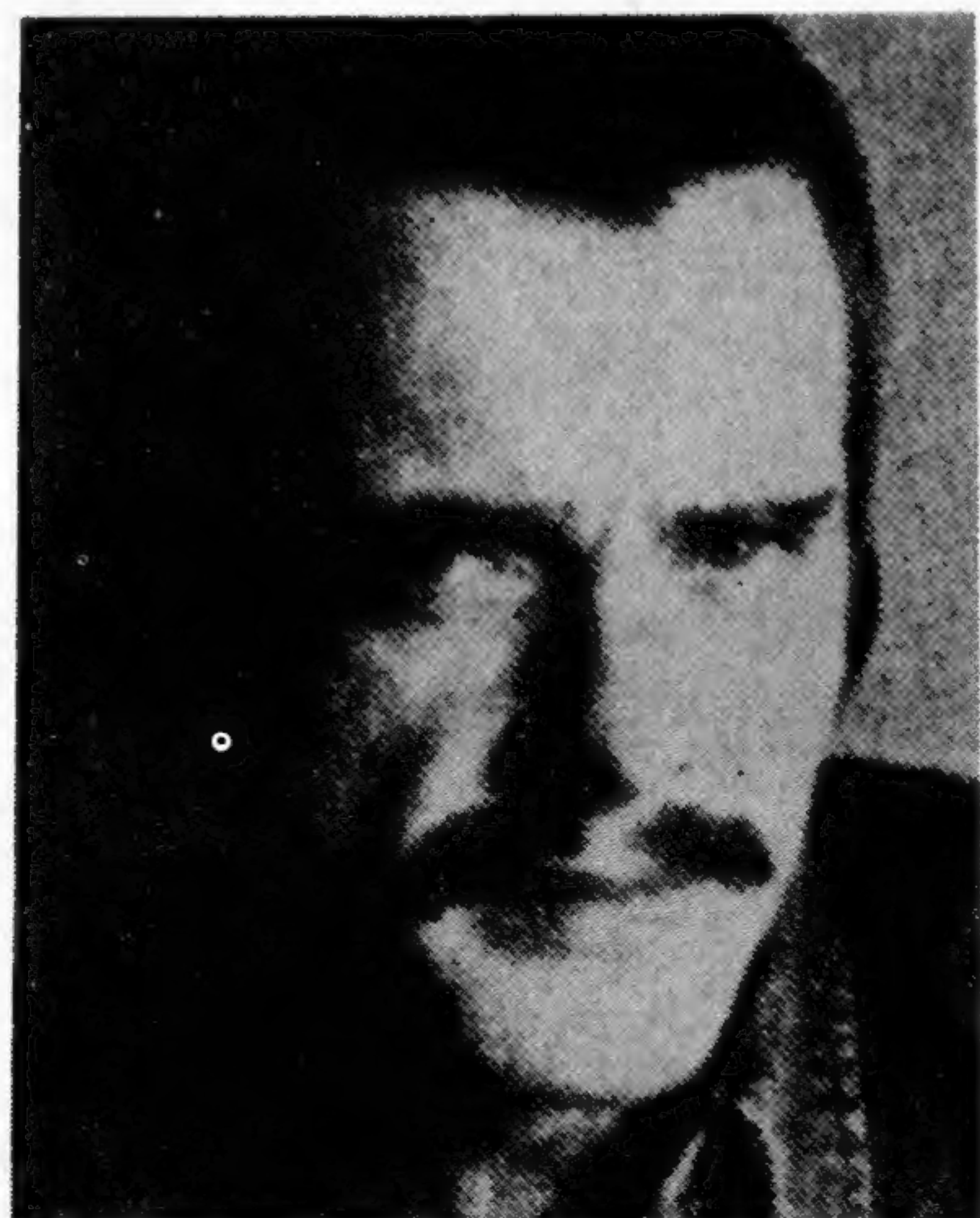
du kennst den feind
anfangs wird er sagen:
"sie leben nicht mehr,
sie sind gefallen.
es wird keine revolution geben
alles ist vorbei."

danach werden
sie sagen:
weil unsere
existenz nicht
verschwiegen
werden kann,
wir seien hart,
wir würden
sie nicht
schonen
wir hätten
uns sehr
verändert.
aber nichts
ist sicher.



du weißt:
die tiefe unseres hasses
umschließt
in unendlichen räumen
die wahrste liebe.

(eduardo tello,
südamerikanischer guerillero)



Vorwort

18.10.77: zum 13. Mal jährt sich nun das Datum der Ermordung der Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Enslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert. Der Vernichtungswille des Staates war hier auf die Spitze getrieben.

Aber 1977 ist nicht nur ein Datum, das 13 Jahre zurückliegt, sondern "gerade jetzt mehr denn je drohende reale Möglichkeit, eine 'Endlösung' bei den politisch nach wie vor ungebrochenen Gefangenen europaweit durchzuziehen." (Angehörigen Info 51)

18.10.90: seit nunmehr 10 1/2 Monaten dauert der Hungerstreik der spanischen Gefangenen an. Jose Sevillano ist tot.

Die Realität von 1990 heißt aber auch, Isolationsfolter gegen alle Gefangenen, die Forderungen nach Veränderungen des Knastalltags aufstellen, die sich zusammenschließen und sich wehren. Das Verlegungskarussell in den bundesdeutschen Knästen ist da nur eine Variante. Gefangene aus Butzbach schreiben dazu:

"Weiterkämpfen gegen die Sinnlosigkeit der Käfighaltung, gegen den Irrsinn der Einsperrerei, gegen die Ausbeutung in der Knastarbeit für Groschen und Pfennige, gegen die Isolationsbunker und die Trakte, mit denen sie uns drohen, gegen die Postschnüffelei und gegen das langsame Kaputtgehen im Knast. Von all dem Dreck wollen wir uns befreien und uns erkämpfen, was uns zusteht. Und wir wollen das mit allen zusammen, weil es nur so geht."

In diesem Sinne auch dieses Heft: Der Kampf der Gefangenen in den Knästen ist kein getrennter mehr. Sind die Forderungen auch unterschiedlich, so geht es doch im Kampf gleichermaßen gegen das Knastsystem eines Staates, der auf unterschiedliche Weise versucht, Menschen, die diesem System ausgeliefert sind und die sich dagegen wehren, zu zerstören.

Aus diesem Grund auch dokumentieren wir

- Auszüge bisher unveröffentlichter Protokolle von den Gefangenen aus dem Jahre '77;
- exemplarisch einige Beiträge zur aktuellen Situation in den Knästen;
- u.a. die Weiterführung der Amnestiedebatte aus dem letzten Heft.

So, nun noch ein paar Anmerkungen....

Bedauerlich ist die Auslese zum 3. Oktober in der Post!

Wie gewonnen - so zerronnen? oder: "flugs" war die Initiative da - "flugs" war sie aber auch wieder weg? Aber vielleicht hoffen ja auch alle auf die Nachbereitungs-VV und sparen sich so das mühsame Schreiben!?



Am 16.10. haben ca 30 Menschen aus dem Hafen den "STERN" wegen der Berichterstattung über sie besetzt.

Wir haben eine Presseerklärung und einen Zeitungsartikel zu Kurdistan mit rein-genommen, weil wir es wichtig finden, diese Region aus dem Schatten des Golf-Konflikts herauszuholen. Gerade auch deshalb, weil genau dorthin demnächst Bundeswehrsoldaten entsandt werden sollen (sofern sie im Rahmen der NATO nicht schon da sind).

Sehr unterentwickelt finden wir die Auseinandersetzung um den Golf-Konflikt, den ersten Nord-Süd-Konflikt nach dem Fall des realen Sozialismus. Es reicht nicht, Nord-Süd-Konflikte theoretisch vorherzusagen, wir müssen - auch wenn gut und böse (vor allem gut) nicht sofort sichtbar sind - ein genaues und praktisches Verhältnis dazu entwickeln, denn wer zu spät kommt....

In der Mitte des Heftes sind uns beim Drucken leider etwas die Seiten durcheinander gepurzelt. Wenn ihr euch aber strikt an die Seitenzahlen haltet müßt ihr damit klar kommen.

INHALT

4	18.10.77: Protokolle der Gefangenen v. August 77
7	Bewegung in den Knästen
9	Zur Revolte in Santa Fu
11	Hungerstreik im Untersuchungsgefängnis in HH
12	Amnestie-Debatte
14	Zu den Gefängnisaufständen in England
16	Demoaufruf zum 18.10.
17	Volxsport + Humor
18	Demo 3.11. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"
20	Einschätzung zum 3.10.
22	Immigrantinnen nehmen sich die Häuser, die ihnen sowieso gehören
24	Auseinandersetzung um's ehemalige Max Hoelz Antiquariat
27	Mord an Militanten der ETA im Baskenland
28	Übersetzungen von Artikeln aus EGIN
30	Kopfgeld aus der Staatskasse
31	Staatsterror im Schatten der Golfkrise - Kurdistan
32	Wenn es nach Özal geht, haben wir morgen Krieg
33	Assata Shakur
34	Kulturseite
35	Termine



im Ordner zu finden

- Isabel Jakob muß draußen bleiben (Flugi)
- Hausbesetzung in Rendsburg
- "Zermürben, Kriminalisieren, Räumen - Oder"
Der Inikreis zum Erhalt der Hafenstraße informiert
- Erklärung der RAF zum Hafen (ungekürzt)
- öffentlicher Brief an Autonomus Marxistus
- "Über die Mauer hinaus" - Brief aus Knast Werl
- Antifa Prozeßinfo, 6. Okt. 90, aus'm Ruhrgebiet
- Radio Venceremos informiert
- Demo-Aufruf zum 10.11. in Essen
- Leserbrief zur Stalin-Diskussion
- Ausschreibung: Europa-Konferenz der MigrantInnen
aus England, Frankreich und der BRD in Bremen

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

18.10.77

schmidt

"... härtestes durchgreifen eines staates, der sich in einer verteidigungssituation nicht scheuen kann, s e l b s t z u t ö t e n ..."
(regierungserklärung 13.3.75)

maihofer

" da gilt für mich der alte polizeigrundsatz auch als innenminister:
... d a s ä u ß e r s t e d a g e g e n u n t e r n e h m e n ."
(bonner perspektiven, 27.4. 75)

vogel

" a u c h d a s g r u n d r e c h t a u f l e b e n g i l t n i c h t
a b s o l u t ."
(spiegel, 16.12.74)

Die Morde in Stammheim haben eine Vorgeschichte, die heute oft vergessen wird, wenn über 77 gesprochen wird.

Wir denken, daß es gerade auch jetzt wichtig ist, diese Entwicklung noch mal zu verdeutlichen, damit kein blinder Fleck unserer Geschichte entsteht. Die Endlösung in Stammheim 77 wurde lange vorbereitet und viele Anzeichen deuteten darauf hin.

In Protokollen der Stammheimer Gefangenen von Anfang August 77 über einen von den Knastbullen provozierten Überfall auf sie wird deutlich, daß es schon Wochen vor dem 18.10. eine dramatische Verschärfung ihrer Situation gab:

die nach dem Hungerstreik 77 gegebene Zusage zur Bildung einer großen Gruppe in Stammheim wurde von Rebmann öffentlich zurückgenommen, parallel dazu richtete sich eine massive Pressehetze gegen die Gefangenen und die letzten Anwälte, die sie noch besuchten, der Bullenüberfall wurde zum Anlaß genommen, die bestehende Gruppe von sieben Gefangenen auseinanderzureißen. Daß das nur die Vorbereitungen für die Morde am 18.10. 77 waren, haben die Gefangenen erkannt und in den Protokollen auch beschrieben.

die offene brutalität des überfalls heute morgen ist das signal, dass der staatsschutz, das baden-württembergische justizministerium und bender auf die endlösung in stammheim innerhalb der nächsten tage aus sind. der direkte physische angriff (bei g.,a.,jn, im sechsten jahr der untersuchungshaft) ist sicher nicht die spitze der offensive, die in stammheim seit voriger woche systematisch angeheizt wird, analog zu der eskalation auf allen ebenen -

der kampagne gegen das anwalt büro hier in stuttgart, den fälschungen, den versuchen, croissant mit dem tod pontos in verbindung zu bringen, dem faschistischen feindbild der ' terror-megären ' - das alles soll nicht nur die menschenjagd draussen anheizen, sondern auch die öffentlichkeit auf die gezielte liquidierung der gefangenen vorbereiten.

es ist ein muster psychologischer kriegsführung, d.h. der taktik, die militärische, psychologische und ökonomische mittel einsetzt, um eine oppositionelle bewegung zu liquidieren.

in dem mass, in dem in der ersten augustwoche die hetze gegen das büro croissant hochgezogen wurde, - womit direkt wir gemeint sind -, nahm die aggressivität der bullen im trakt zu.

man konnte es einfach sehen - wie das, was der staatsschutz über die medien angedreht hatte, direkt in den trakt einzog: an den kurzen wortwechseln mit den bullen, an der schärfe, mit der sie die bewegungen jedes einzelnen von uns beim umschluss verfolgten, am verhalten schreitmüllers wenn wir mit ihm sprechen wollten, usw.

also genau den ablauf, wie sich eine zentral gesteuerte kampagne umsetzt in aggressivität der bullen.

wir haben die eskalation kommen sehen. ein paar beispiele für die entwicklung:

- die pressekonferenz rebmanns, auf der er als generalbundesanwalt die zusage, in stammheim eine interaktionsfähige gruppe von gefangenen zu konzentrieren, die er als ministerialdirigent im baden-württembergischen justizministerium gegeben hatte, öffentlich gebrochen hat. und auf der er diese 'dokumentation' über die haftbedingungen mit den uralten lügen von hunderten von besuchen bei uns der presse eingefüttert hat, - während es nach der besucherliste des knasts von immerhin 4 jahren für andreas, gudrun und jan insgesamt 19 besucher waren, die nicht mit ihnen verwandt sind.
- die tatsache, dass die zähe, monatelange entwicklung hin zu mindest - haftbedingungen, nachdem 8 gefangene zusammengekommen waren, abrupt zum stehen kam.
- die gezielte hetze gegen andreas und gudrun in der presse, sinngemäss: solange es die beiden gibt, wird es keine ruhe geben, - oder: die behauptung, gudrun hätte den 'bekennerbrief' des kommando ulrike meinhof geschrieben.
- die medien-kampagne gegen die letzten verbliebenen anwälte, hochgezogen am büro croissant als 'informationszentrale' der guerilla, als 'schaltstelle'. usw. das sind nur ein paar beispiele.

das zusammentreffen dieser kampagne, - wobei deren planmässigkeit z.b. an dem spiegel-artikel vom 1.8. zu sehen ist, der, vor der ponto-aktion geschrieben, die staatsschutzbegriffe 'informationszentrale' und 'schaltstelle' zum büro croissant bringt, die nach der ponto-aktion dann breit ausgewalzt werden, - mit der reaktion auf die ponto-aktion, konnte für uns nur heissen, dass der staatsschutz, in der zange zwischen der kontinuierität des widerstands und der zunehmenden akzeptanz im ausland, wie sie sich zuletzt in der weiterentwicklung der genfer konvention und ihrer anwendung auf befreiungsbewegungen ausgedrückt hat, - und der zunehmenden aussenpolitischen isolierung der brd, ein prozess der wesentlich über den widerstand der raf, auch in den gefängnissen, lief, in stammheim jetzt zur endlösung kommen will.

9.8.77 Helmut Pohl

es ist klar, dass dieser schwabe, der im wahrsten sinn des wortes über leichen karriere gemacht hat - über die der gefangenen und die seines vorgängers - sich den ärger, der da auf ihn zukommt, durch eine kombination von hetze und mord vom hals schaffen will. was nach bubacks tod schon deutlich war - dass wir geiseln der bundesanwaltschaft sind, macht er jetzt nach pontos ende in einer neuen dimension evident.

9.8.77 Ingrid Schubert

der überfall heute morgen war vom ablauf und seiner einleitung bewußt geplant worden und auf die durchsetzung der totalisolation aus, als bedingung für die endlösung hier.

das fing an mit rebmanns versuch die nicht eingehaltenen zusagen für die weitere zusammenlegung von gefangenen hier über ne desinformationskampagne, die er mit der sogenannten dokumentation über unsere haftbedingungen programmierte, zu legitimieren.

von da wurde systematisch ne counteroffensive hochgezogen, die konditionierung der öffentlichkeit für den ausschluß unserer anwälte mit ihrer kriminalisierung über die medien. benutzt wurde dafür die kommandoaktion gegen ponto, vorbereitet war sie durch den 'spiegel' schon vorher. in den medien kulminierte die hetze dann in der faktischen aufforderung uns zu liquidieren, nollaus gezielter hinweis auf gudrun, der sz-kommentar von meiningen, der welt-am-sonntag-artikel und die titel-story des 'spiegels' von heute.

8.8.77 Wolfgang Beer

auch die isolation nach draussen ist perfekt, nachdem die verteidiger, die zuletzt in stammheim auftraten - heldmann, schily, weidenhammer - sich unter dem druck der repression, seit abschluss des verfahrens verkrümelt haben.

das bedeutet, nina, andreas und jan sind ohne anwalt, also voneinander und von allen kontakten nach draussen vollständig isoliert. ihre zellen sind wie herold fordert dicht. besuch - ausser von verwandten, werden hier grundsätzlich abgelehnt.

müller und newerla, die gudrun und mich noch besuchen, können jeden tag kriminalisiert werden:

seit 3 wochen eskaliert unter der regie der bundesanwaltschaft die hetzkampagne gegen sie - durch strafanzeigen, ehrengerichtsverfahren, permanente observation, razzien und gezielte falschmeldungen wie etwa die, in ihrem büro sei das original der erklärung des kommando ulrika meinhof zu buback gefunden worden.

15.8.77 Irmgard Möller

ich bin sicher, dass die brutalen schikanen und demütigungen der sorte vollzug für die stammheim inzwischen international bekannt ist, aufhören werden - oder sie werden uns einen nach dem andern tot hier raustragen.

9.8.77 Ingrid Schubert

Schreitmüller - Knastbulle in Stammheim
Schwabe - gemeint ist Rebmann
g. - Gudrun Ensslin
a. - Andreas Baader
jn - Jan-Carl Raspe
nina - Ingrid Schubert

Arndt Müller

Armin Newerla - Rechtsanwälte, wurden beide zu mehreren Jahren Knast verurteilt, weil sie Knarren in den Trakt geschmuggelt haben sollen

Nollau - Geheimdienstratte

Bewegung in den Knästen

Das Jahr 1990 ist eindeutig das Jahr der Gefangenen: Knastrevolten in ganz Europa: von England bis Polen, von Frankreich bis in die Sowjetunion und die CSFR, um nur einige zu nennen. Diesen Sommer gab es Aktionen und Revolten in bundesdeutschen Knästen (Moabit, Santa Fu, Mannheim, Straubing, Preungesheim) aufgrund der unzumutbaren Haftbedingungen.

In den letzten Wochen ging wieder eine Reihe von Protestaktionen durch die Knäste. Der Aufstand der DDR-Gefangenen für eine Amnestie hat auch auf den Westen übergegriffen. Angeregt durch den Teilerfolg der DDR-Gefangenen haben auch hier Gefangene in verschiedenen Knästen die Initiative übernommen:

Dachbesteigungen und Aktionen in Rheinbach und Willich, Santa Fu, Freiburg, Mannheim und Darmstadt, Bayreuth, Straubing, Bernau am Chiemsee, Kaisheim und Geldern, Köln-Ossendorf und Stuttgart-Stammheim. In Freiburg gab es eine Demo im Knast. Die Gefangenen verweigerten nach dem Hofgang den Einschluß und drehten mit Transparenten, auf die sie ihre Forderungen geschrieben hatten, ihre Runden.

Am 26.9. traten in Stammheim Gefangene in einen Hungerstreik für eine Teilamnestie.

Am 1.10. weigerten sich in der Anstalt VIII in Hamburg-Fuhlsbüttel 250 Gefangene, sich einschließen zu lassen und begannen einen Sitzstreik. Daraufhin wurden sie von MEK-Kommandos brutal zusammengeknüpelt. 10 Gefangenen gelang es, sich aufs Dach abzusetzen, wo sie einen Tag aushielten. Nach ihrem Abstieg wurden sie in Isolationszellen im Untersuchungsgefängnis verschleppt. Am 4.10. traten auf der Isolierstation Berta I in Santa Fu 15 (jetzt 13) Gefangene in einen Hungerstreik für Amnestie, für die Forderungen der Mai-Revolution, Abschaffung der Sicherungsverwahrung und der Paragraphen 218, 175 und 129 a. Vorher hatten sie bereits 500 Unterschriften für ihre Forderungen gesammelt; das sind mehr als die Hälfte der in Santa Fu Inhaftierten und dies, obwohl sie massiv von der Anstaltsleitung behindert worden sind.

Seit dem 3.10. befinden sich im niederrheinischen Geldern nach einer verhinderten Besetzungsaktion 40 Gefangene im Arbeits- und Hungerstreik für die Abschaffung der Isolationszellen und der Sicherungsverwahrung und für eine Amnestie. Außerdem finden täglich Aktionen wie Gitterschlagen, Parolenrufen, Transparente aufhängen usw. statt. Ein Gefangener schildert das so:

"Den ganzen Tag geht hier in Abständen Palaver los, wie gesagt, Gefangene schmeißen Klamotten aus dem Fenster und es sind Klopfzeichen zu hören und Sprechchöre "Auf die Dächer" / "Durchhalten" / "Hungerstreik" / "Amnestie" / usw.... und es brodeln und rumort hier drin."

Eine Petition mit 500 Unterschriften wurde an den Bundestag geschickt; das heißt, daß fast alle Gefan-

gene unterschrieben haben. Inzwischen ist der Hungerstreik mangels Öffentlichkeit unterbrochen worden.

Wir wissen noch von Hungerstreiks in Detmold und Hannover.

Diese bundesweiten Aktionen haben auch zu einem regelrechten Verlegungskarussell geführt. Nur: inzwischen gibt es kaum noch einen Knast ohne Meuterer. Wo sollen sie denn all die "Rädelsführer" hinverlegen. Dadurch werden doch nur die Erfahrungen aus den Kämpfen weiterverbreitet. Wir wissen, daß viele - genau wie wir - Schwierigkeiten mit der Forderung nach Amnestie haben. Es geht den Gefangenen aber schon lange um mehr. Die Amnestie-Debatte war nur der Beginn, jetzt greifen sie mit ihrem Kampf das Knastsystem insgesamt an.



Dazu der Gefangene Claus Goldenbaum aus Geldern:

"Wie du von mir weißt, gehts mir persönlich auch weniger um die Amnestie, doch sind in den Forderungen ja nicht "nur" die Geschreien nach der sog. Amnestie laut, sondern es gibt mehr Schwerpunkte, wie die Abschaffung der SV und daß dieses alte Nazi-Gesetz verschwindet, ist mehr als legitim, aber auch Abschaffung von Trakten, Isolation, das sind genauso berechnete Forderungen! Das können sie nicht im Keim ersticken, das können sie nicht praktizieren und auf Erfolg hoffen, daß sie es hier mit Wegschließen erreichen."

Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Bewegung einmalig ist: seit mindestens 15 Jahren gab es nicht mehr so eine Bewegung von Gefangenen, die eigenständig die Initiative ergriffen haben. Die ungemeine Sprengkraft dieser Aktionen darf nicht verloren gehen. Hier geht es nicht mehr nur um Amnestie, wie ja auch die Forderungen der verschiedenen Gefangenen zeigen: hier geht es um eine allgemeine Bewegung gegen das Knastsystem insgesamt. Wir müssen von draußen diesen Kampf aufgreifen und dafür sorgen, daß er nicht isoliert bleibt, sondern sich mit unseren Kämpfen draußen verbindet.

Schreibt Telegramme, Karten, setzt Grußanzeigen in die Taz, schickt über Fleurop Blumensträuße. Die Namen der Gefangenen kriegt ihr über uns. Fahrt in kleinen Gruppen zu den Knästen, macht Bambule draußen - drinnen ist die schon. Durch viele kleine Aktionen gilt es, den Kampf der Gefangenen zu unterstützen und ihnen die Kraft zum Durchhalten zu geben. Es ist ihre Zeit - aber auch unsere.

Santa Fu-Gruppe
c/o Café & Buch,
Holstenstr.186, 2000 Hamburg 50

Knastkundgebung am Samstag, den 20.10.

um 14 Uhr am UG (Karl Muck-Platz), dann gemeinsam mit der HVV nach Fuhlsbüttel und gegen 16 Uhr eine weitere Kundgebung am Eingang Anstalt II (Am Hasenberge).

Freiheit für alle Gefangenen!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

V.i.S.d.P.: Oskar Lange, Susannenstr.14, 2 Hamburg 36



Wir, die Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus Santa Fu, wollen weiter über die derzeitige Situation der Gefangenen informieren, da diese sich immer noch nicht verbessert hat, sondern für einige sogar verschlechtert.

Immer noch befinden sich Gefangene im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis in Isolationshaft. Von dort aus sind bereits 3 Gefangene nach Neuengamme und 7 in andere Bundesländer (Kiel, Neumünster, Darmstadt, Bruchsal, Freiburg, Heilbronn) verlegt worden. Über die Verlegung der ausländischen Gefangenen ist uns leider immer noch nichts bekannt.

Bisher hat es keine Rückverlegung nach Santa Fu gegeben, deshalb ist auch für die noch im UG befindlichen Gefangenen zu befürchten, daß sie in andere Knäste verschubt werden. Diese wochenlange Ungewißheit ist sowohl für die Gefangenen als auch für deren Angehörige zermürend. Verstärkt wird das noch durch die täglichen Schikanen (z.B. wurde Wolfgang Husmann schon mehrmals aufgefordert, seine Sachen zu packen wegen angeblicher Verlegungen) und das Nicht-Einhalten von gerichtlichen Beschlüssen (z.B. ist Michael Jauernik das Tragen seiner persönlichen Kleidung gerichtlich zugestanden worden; diese wird ihm allerdings von der Anstaltsleitung im UG nicht ausgehändigt).

Auch im Hochsicherheitstrakt auf Santa Fu befinden sich als Rädelsführer beschuldigte Gefangene weiterhin in Isolationshaft.

Trotz an allen vorgenommenen Haftverschärfungen (kürzere Besuchszeiten, Einschränkung der Kontaktmöglichkeiten durch Isolierung in den verschiedenen Knastflügeln, usw.) hat sich in Fu die Bürgerinitiative **APD 1258** gegründet, die bisher schon 3 Flugblätter über den tatsächlichen Verlauf der Revolte und über die darauf erfolgten Haftverschärfungen herausgegeben hat. Ziel der Bürgerini ist, die während und nach der Revolte entwickelten Forderungen durchzusetzen, da nur diese eine grundlegende Verbesserung gewährleisten.



Justizsenator Curilla jedoch redete weiterhin nur mit von der Anstaltsleitung eingesetzten angeblichen Gefangenenvertretern. Diese haben jedoch keinerlei Einflußmöglichkeiten, werden bei Kritik ausgeschlossen oder treten frustriert selbst zurück. Ende Juli erklärte Curilla die Gespräche für abgeschlossen. Einziges Ergebnis waren 4 zusätzliche Abteilungsleiter.

Mitglieder der Bürgerinitiative werden besonderen Repressionen ausgesetzt durch Verschleppung ihrer Verfahren und dadurch verlängerten Aufenthalten in den Isolationstrakten, oder gelangen dorthin durch offensichtlich konstruierte Anklagen.

Eine Angehörige hat, nachdem sie engeren Kontakt zu einigen Mitgliedern der BI aufgebaut hatte, Besuchsverbot in Fu.

Kontakte zur BI werden in vielfältiger Weise versucht zu unterbinden. Zu dem jährlich stattfindenden Sommerfest dürfen nur BesucherInnen, die vor dem 7.7. einen Gefangenen dort besucht hatten. Auch interessierte PressevertreterInnen wurden so ausgeschlossen. Wer mehr Informationen über die Bürgerinitiative APO 1258 haben will, kann deren Flugblätter bei Cafe & Buch abholen.

Wie menschenverachtend die Situation in Fu ist, zeigt der Tod von Bodo Wendt, der trotz Haftunfähigkeit nicht entlassen wurde, und der Mitte Juli wegen fehlender medizinischer Versorgung sterben mußte.

Die kürzlich erfolgte Aufteilung des Justiz-Etats '91 schreibt die unhaltbare Situation in den Hamburger Gefängnissen für ein weiteres Jahr fest.

Daß die Situation in den anderen Gefängnisse der BRD nicht besser ist, zeigen die in den letzten Monaten erfolgten Revolten (Frankfurt-Preungesheim, Straubing zweimal, Mannheim). Statt notwendiger Veränderungen wurden auch dort die Revolten brutal niedergeschlagen, und einige Gefangene werden exemplarisch bestraft.

Daß die bundesdeutsche Justiz kein Interesse an einer Verbesserung der Haftsituation hat, zeigte sich auch an der Haltung Curillas, dem wir Mitte Juli einen offenen Brief überreichen wollten, der jedoch zu einer Auseinandersetzung mit uns nicht bereit war. Um zu zeigen, daß ein öffentliches Interesse an den Rechten der Gefangenen dennoch besteht, sammeln wir derzeit Unterschriften für ihre Forderungen (Listen bei Cafe & Buch und auf Büchertischen).

München(dpa)—Die 103 Häftlinge, die sich in der vergangenen Woche an der Revolte in der Justizvollzugsanstalt Straubing beteiligt haben, sind in andere bayerische Gefängnisse verlegt worden. Dies erschien als einzig geeigneter Weg, „die übrige Anstalt zur Ruhe zu bringen“ **9.8.90 ■ die tageszeitung**

Wir treffen uns Dienstags um 20 Uhr in der FLORA, Schulterblatt (s-Bahn Sternschanze)
Infos für Neue : um 19.30 Uhr

Kontaktadresse: Cafe & Buch, Holstenstr. 186, 2000 Hamburg 50, Tel. 380 9181

Hungerstreik im UG

Seit einigen Tagen befindet sich Cora Müller, eine Gefangene im Untersuchungsknast Holstenglacis im unbefristeten Hungerstreik mit der Forderung nach Rückverlegung zu Ihrer Zellengenossin:

Sie hatte vor einiger Zeit einen Besuch mit einem Gefangenen, der auch im UG sitzt beantragt. Obwohl ihr das Gericht den Besuch genehmigte, legte die Abteilungsleiterin Claußen eine einstweilige Verfügung ~~xxx~~ ein mit vorgeschobenen Argumenten.

Daraufhin kündigte Cora einen Hungerstreik an. Der Knast reagierte darauf mit einem männlichen Rollkommando, der sie in die sogenannte Beobachtungs~~xxx~~-Zelle verschleppte aus einer Zelle ~~xxx~~ in eine Zelle mit totaler Isolierung und permanenter Überwachung. Begründet wurde das mit einer von der Knastärztin schnell bestätigten "Suizid-Gefahr".

Da Cora den Hungerstreik aus gesundheitlichen Gründen abbrechen mußte, wurde sie zwar von der Beobachtungszelle zurückverlegt, aber nicht mehr zu ihren vorherigen Zellengenossin, zu der sie eine enge Beziehung hat, sondern in eine Einzelzelle - mit den Worten, sie sei nicht fähig für eine soziale Beziehung und dergleichen mehr.

Das ganze ist wieder mal ein Beispiel, wie sich der Knast über richterliche Genehmigungen hinwegsetzt und mit fadenscheinigen Begründungen einstweilige Verfügungen beantragt. Ihr Ziel ist es dabei, Gefangene zu schikanieren und zu brechen.

Seit über einer Woche bekommt Cora weder Briefe noch Zeitungen. Ein Solitelegramm, das einige Frauen ihr schickten, hat sie bis heute nicht erhalten.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE RÜCKVERLEGUNG VON CORA ZU IHRER ZELLEN-
GENOSSIN!!!

UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNG VON CORA!!!

Adresse der Abteilungsleiterin:

Frau Claußen
Abteilungsleiterin
Frauenuntersuchungsgefängnis
Holstenglacis 3-5
2000 Hamburg 36



Jetzt amnestie ?

Seit dem Fall der Mauer und der sich abzeichnenden Wiedervereinigung ist unter uns, den Insassen von FuII, eine immer lebhafter werdende Diskussion über eine JETZT mögliche Amnestie entbrannt.

Inzwischen wissen wir, daß auch in den anderen Haftanstalten intensiv debattiert wird. Fest steht: Eine Amnestie für ALLE wird uns nicht von selbst in den Schoß fallen. Denn POLITIKER handeln in der Regel nur dann, wenn ein ÖFFENTLICHES INTERESSE besteht, d.h. wenn sich eine ausreichende Anzahl von Personen für eine Sache einsetzt. Dies ist bis jetzt in Hamburg noch nicht geschehen. Was können WIR tun ?

Wie wir aus der Tagespresse wissen, gibt es im Bundesgebiet derzeit 3 verschiedene AMNESTIEINITIATIVEN :

- 1.) DIE Vorschläge der Berliner Justizsenatorin Fr. Limbach. Sie regt ein allgemeines Amnestiegesetz an, hauptsächlich möchte sie "politisch motivierte Straftäter" (Kriegsdienstverweigerer, Blockadeteilnehmer, e.t.c.) begnadigen. Inwieweit, und ob überhaupt, "normale Straftäter" (Zeitstrafen, LLér & SVér) mit in diese Regelung einbezogen werden sollen, war leider noch nicht zu erfahren.
- 2.) Die Hessische Amnestieinitiative der Gefangenenselbsthilfegruppe PHOENIX-VEREIN FÜR SOZIALHILFE. Dieser Verein ist dabei landesweit Unterschriften für eine Petition an den Hessischen Landtag zu sammeln. Dieser soll dann ein Amnestiegesetz zur Wiedervereinigung im Bundesrat einbringen. Alle ZEITSTRAFEN sollen dann auf dem Gnadenweg halbiert werden. (Und was ist mit den LLérn & den SVérn ?)
- 3.) Ein Amnestie-Appell einer Uni, eines AK's, christl. Studentengem. in München und mehrerer bekannter Einzelpersonen an das zukünftige Gesamt-deutsche Parlament. Dieses wird gebeten am Tage der Vereinigung eine allgemeine Amnestie zu verkünden. LLér, die 10 Jahre oder mehr verbüßt haben, sollen begnadigt werden. ALLE Zeitstrafen sollen um 1/3 gekürzt werden.

(Presseinfo's zu 2.) und 3.) siehe Rückseite)

V.i.S.d.F.: oliver müller/am hasenberge 26 / 2hh63



bei Wiedervereinigung im Oktober

Amnestie für ALLE

Wir schlagen vor, dem Beispiel der hessischen Initiative zu folgen.

Allerdings unter Miteinbeziehung der LLér und der SVér.

Dies setzt voraus, daß wir ALLE GEMEINSAM aktiv werden!

Wir müssen zusammen eine Eingabe an die Hamburger Landesregierung formulieren. Diese sollte von möglichst vielen Leuten unterstützt werden.

Das bedeutet das wir 1.) in den Hamburger Anstalten Unterschriften

(mit Hilfe von Listen) sammeln, 2.) unsere Besucher, Freunde, Verwandte e.t.c. bitten müßten unser Begehren per Unterschrift zu unterstützen,

3.) Gruppen und Parteien mit starkem sozialen ENGagement (wie z.B. die Santa-Fu Gruppe, die GAL u.s.w.) um Hilfe bitten müßten.

4.) Öffentlichkeitsarbeit-Anregung einer sachlichen Diskussion in den lokalen Medien. Leider stehen wir unter Zeitdruck, denn die Wiedervereinigung kommt schneller als gedacht (die Volkskammer der DDR hat vor wenigen Stunden beschlossen der Brd am 3. Oktober beizutreten!). Wer, egal in welcher Form, mithelfen möchte, wende sich bitte an:

Stefan Möller/Winfried Richter/Oliver Müller (Bürgerinitiative)

Stefan Ewers (Insassenvertr. Anst. II) - alle z.Zt.: Am Hasenberge 26/2HH63

Santa Fu Gruppe/

c/o Cafe und Buch; Holstenstr. 136; 2HH50

Kritik an der Amnestie-Debatte von Gefangenen aus Butzbach/Hessen

... Aber wer nur noch Amnestie im Kopf hat, hört auf zu denken. Und vor allem: Er hört auf zu kämpfen. Hört auf, sich gegen den Knast zu wehren, ihn so nicht mehr zu ertragen, ihn anders zu wollen, wenn er ihn denn schon nicht wegstreift. Wer sich von der Illusion benebeln läßt, für ihn selbst hätte sich der Knast demnächst erledigt, der stellt keine Forderungen mehr und der steigt auf keine Barrikaden. Weil ihm der Knast ja angeblich bald egal sein kann. Es kann sein, daß ihn zunächst dieser Gedanke überhaupt erst wach gemacht hatte, aber jetzt blockiert er ihn und läßt ihn nur noch auf einer einzigen Wellenlänge peilen.

Und das ist die Funktion dieser Amnestie-Kampagne, die seit August plötzlich in eine Entwicklung reingebrochen ist, die ganz andere Momente gehabt hat. Seit Jahresanfang hat es immer wieder und überall die Revolten gegeben, und es gab klare Forderungen gegen die Knäste und das ganze System der Käfighaltung. Und diese Bewegung war und ist nicht mehr totzukriegen, und erst dieses Amnestiegedanke droht ihr jetzt die Schärfe und die Orientierung zu nehmen. Deshalb sind wir dagegen, daß weiter Illusionen verbreitet und geschürt werden und daß der alte Zustand uns wieder einholt, wo jeder gegen jeden anstinkt, weil er darauf spekuliert, daß er selber dabei fein rauskommt, und dann: „Laß den Knast für die anderen doch bleiben, wie er will!“

Genau das wollen wir nicht mehr. Wir wollen die Solidarität, wie sie sich in den Kämpfen der letzten Monate entwickelt hatte, und wir wollen diese Entwicklung weiterführen ...

Weiterkämpfen gegen die Sinnlosigkeit der Käfighaltung, gegen diesen Irrsinn der Einsperrerei, gegen die Ausbeutung in der Knastarbeit für Groschen und Pfennige, gegen die Isolationsbunker und die Trakte, mit denen sie uns drohen, gegen die Postschnüffelei und gegen das langsame Kaputtgehen im Knast. Von all dem Dreck wollen wir uns befreien und uns erkämpfen, was uns zusteht. Und wir wollen das mit allen zusammen, weil es nur so geht. In diesem Sinne keine Phönixe, sondern wilde Vögel aus Butzenheim
(aus: taz, 2. 10. 90)



Am 1. 4. begann die Welle der bisher schwersten und längsten Knastrevolten in der englischen Geschichte im Strangeway-Gefängnis in Manchester.

Einen Tag nach den Straßenschlachten im Londoner Westend bei der Anti-Poll-Tax-Demo (200 000 demonstrierten, es gab die größte Schlacht, die sich Demonstranten und Bullen je in GB geliefert haben, mit über 20 Mio. DM Sachschaden...) meuterten etwa 1000 Häftlinge gegen die Unmenschlichkeit ihrer Haftbedingungen. Die Gründe für die Aufstände liegen mit Sicherheit bei den katastrophalen Haftbedingungen in den Knästen, die Nachrichten von den Straßenkämpfen bei der Demo dürfte der Auslöser gewesen sein. Häftlinge befestigten ein „No poll-tax“-Transparent auf dem Dach des Knastes und riefen u. a.: „Wir zahlen keine Poll-Tax“.

Viele der britischen Knäste stammen aus dem 19. Jahrhundert, nahezu alle sind überfüllt. Strangeway wurde 1868 für 900 Gefangene gebaut, bis zum 1. 4. dieses Jahres saßen dort 1600 Gefangene, ausschließlich Männer. In Zellen mit kaum mehr als 6 m² sitzen 3 Häftlinge meistens 23 Stunden am Tag. Die Toilette besteht aus einem Eimer, der nur einmal am Tag geleert werden kann. Deshalb werden Exkremente an die Wände geschmiert oder aus dem Fenster geworfen, die auch im Winter nicht zu schließen sind. Besuch ist nur einmal im Monat möglich. Die brutalen und verhassten Wärter schikanieren die Gefangenen, besonders Farbige. Eine Höchstdauer der U-Haft gibt es nicht, so daß viele Gefangene jahrelang ohne Urteil einsitzen.

GB hat die höchste Rate an Inhaftierten pro Einwohner in Europa, da ein Mensch in keinem anderen europäischen Land so schnell und so drastische Gefängnisstrafen bekommt wie in GB. Das Prinzip Strafe als Rache und Abschreckung tritt in GB besonders ungeschminkt zu Tage. (Ein Beispiel „unterster Ebene“: Schwarzfahren kostet in London ca. 200 Pfund Strafe, das sind etwa 600 DM, für dortige Verhältnisse bisweilen der Großteil eines Monatslohns !!). Zusätzlich verstärkt wird das durch eine konservative Regierung, die jegliche Liberalisierung und Verbesserung der Haftbedingungen ablehnt und weiter auf harte Strafen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme setzt. Die Konservativen versuchen auch erst gar nicht, die unmenschlichen Bedingungen zu leugnen. Sie argumentieren, daß die Betroffenen es ja

Der folgende Artikel zu den Knastaufständen in England sollte eigentlich schon in der Nummer erscheinen, wo wir auch über die Riots gegen die Einführung der Polltax in England berichteten. Er fehlte uns damals, aber die Riots und die Knastaufstände gehören zusammen. Die Gefangenen richteten ihren Aufstand auch gegen die Polltax, sie hatten dazu Transparente mit auf den Dächern. Anlaßlich des Aufrufs zu den internationalen Solidaritätsaktionen am 20.10. zu den Gefangenen aus den Polltax Riots bringen wir in dieser Nummer im nachhinein diesen Artikel. Er beinhaltet auch Hintergrund und Informationen, die von den herkömmlichen Medien verschwiegen oder verfälscht wurden.



Zu den Gefängnisaufständen in England

nicht anders verdient hätten. Gefängnisse dienen dazu, Menschen zu brechen, um sie für das herrschende Gesellschaftssystem wiederverwertbar zu machen. Das kapitalistische England, mit der Kluft zwischen einigen reichen und vielen armen, ist besonders darauf angewiesen. Viele Menschen deren eigene Lage geprägt ist von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, allgemein schlechten sozialen Bedingungen, überschreiten die ihnen aufgelegten Normen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung (Privateigentum über alles) und holen sich etwas davon zurück, was ihnen ständig vorenthalten wird, wenn auch oft leider von den Falschen (Kriminalität zuungunsten von Menschen, denen es auch nicht besser geht); Menschen, die – auf welche Weise auch immer – heraustreten aus der systemtragenden Masse, und so die kapitalistische Ordnung gefährden, sollen gebrochen und unschädlich gemacht werden.

Am Sonntag, dem 1. 4., begann die Revolte während des wöchentlichen Gottesdienstes, der eine der wenigen Möglichkeiten bietet, mit einer größeren Anzahl Mitgefangener zusammenzukommen. An diesem Sonntag befanden sich ca. 300 Gefangene in der Kapelle, weit mehr als gewöhnlich. Der Kaplan wurde niedergeschlagen (und gab später Fernsehinterviews mit einem geschwollenen, blauen Auge...), ein gefangener ging zum Mikrophon und rief die Mitgefangenen auf, sich an dem Aufstand zu beteiligen. Von den Wärtern, die verjagt wurden, hatten die Gefangenen die Schlüssel

übernommen, so daß der gesamte Knast erst einmal in ihren Händen war. Zu diesem Zeitpunkt waren etwa 1000 Gefangene an dem Aufstand beteiligt.

Die Wut vieler Gefangener gegen Sexualverbrecher entlud sich in Übergriffen gegen diese. Von der Presse wurde das für eine Hetze gegen die Revolte ausgeschlachtet und hochgespielt. In den ersten Tagen wurde von 30 Toten, vom „Massa-

ker in Strangeway“ und von unvorstellbaren Greultaten der Gefangenen untereinander berichtet. Tatsächlich gab es 2 Tote: Ein Sexualverbrecher erlag seinen Verletzungen im Krankenhaus und ein Wärter starb nach mehr als einer Woche Aufstand bei Auseinandersetzungen mit Gefangenen an einem Herzinfarkt.

In den Tagen nach dem 1. 4. sank die Zahl der Aufständischen auf un-




volxsport

In der Nacht zum 11.10. brachten wir die Scheiben des
TUI Reisebüros in der Haubachstr. zum klirren und den
Boden zum stinken.

TUI ist eine der führenden Vermittlungsgesellschaften für
Bomben.

20 Jahre Sextourismus und Frauenhandel sind mehr als genug.
Die Profitgier, Anbieter, Heiratshändler und Zuhälter,
die Frauen gewaltsam ausbeuten, erniedrigen, vergewaltigen,
zur Ware machen, wollen wir auch zukünftig nicht mehr in
Ruhe lassen.

Legen wir den sexistischen und rassistischen Schweinen das
Handwerk!

FRAUEN BILDET BANDEN !
DIEFFENBACHSTR. IN -HAND !

DEUTSCHLAND ,HALT'S MAULHÜSTEL!

WIR HABEN HEUTE VERSUCHT; MITHILFE VON 2 RAUCHBOMBEN DEN HURRA-
DEUTSCHLAND-ZIRKUS ZU STÖREN. PÜNKTLICH ZUR VERABSCHIEDUNG DER
ALLIIERTEN STADTKOMMANDANTEEN AM 2.10.1990 IM RATHAUS SCHÖNEBERG
GINGEN ZWEI RAUCHBOMBEN LOS: UM NIEMANDEN ZU GEFÄHRDEN,
HABEN WIR DIE MENGEN LEIDER ZU GERING BEMESSEN. SO VERFEHLTEN WIR
LEIDER UNSER ZIEL: DIE AKTION WURDE IN DER ÖFFENTLICHKEIT TOTGESCHWIEGEN.

AUTONOMER VOLKSSPORTCLUB
SEKTION:
"DEUTSCHLAND HALT'S MAUL!"

Jagdszenen aus der U-bahn



„Gesperrte U-Bahnhof-Ausgänge
verstecken nicht sollen die schon
geglückte Flucht“



„Nein, ich bin kein Vermummter!“

ZUR DEMO AM 18.10.

Am 18.10.'77 wurden in Stammheim Gudrun Enslin, Andreas Baader und Jan-Karl Raspe ermordet. Ingrid Schubert starb dreieinhalb Wochen später, am 12.11., in Stadelheim. Die Morde an den Gefangenen waren der Höhepunkt der Eskalation an der Frage ob die Gefangenen freikommen. Damals ging es den Herrschenden darum, mit den Gefangenen zugleich die Guerilla zu liquidieren und jede revolutionäre Auseinandersetzung auszulöschen. An diesem Status der Gefangenen - Geiseln zu sein - hat sich bis heute nichts geändert.

Heute, unter dem großdeutschen Wahn verschärft sich die Situation in den Knästen. Die Abrechnung mit der Linken konkretisiert sich unmittelbar an den Gefangenen: verstärkt Besuchsverbote, Abschneiden der Kommunikation der Gefangenen untereinander, permanente Ver- und Auseinanderlegungen.

Die Aussage, Tag für Tag durch die Medien transportiert, ist eindeutig: "Es hat keinen Sinn zu kämpfen, der Kapitalismus ist die einzig realisierbare Gesellschaftsform. Wenn es schon kein Paradies auf Erden gibt - dann wenigstens fette Beute für wenige." Die kulturelle und politische Hegemonie ist auf die Seite der Reaktion übergegangen. Das gewonnene Terrain nutzen die Herrschenden unter anderem gegen die Gefangenen

Ob es die brutale Niederschlagung der Knastrevolten und Aufstände ist oder die verwegenen Kriminalisierungs-Konstruktionen gegen Frauen und Männer aus dem Widerstand. Dem permanenten Kleinkrieg und Zensurterror folgen immer irrere Begründungen: Zu lange Briefe werden wegen Überlastung der Zensurbehörden zurückgeschickt oder "zur Habe" genommen, während einige sogar ganz verschwinden. Viele der gefangenen Frauen und Männer haben weiterhin Besuche nur mit Trennscheibe trotz vorheriger Kleidungs- und Körperkontrolle. Die Forderung nach sofortiger Freilassung der Haftunfähigen beantworten die Justizministerien lediglich mit immer neuen Erklärungen, daß keine Haftunfähigkeit bestehen würde - mehr Mühe müssen sie sich im Augenblick nicht machen. Damit greifen die Herrschenden die politischen Gefangenen vor allem in ihrer 20jährigen Kontinuität und Geschichte an. Diese politische Erfahrung wird für sie in der explosiven sozialen Situation, die durch die Wiedervereinigung entstanden ist, um so gefährlicher.

Auch im sogenannten Normalvollzug werden inzwischen alle Formen der Isolation eingesetzt. Gegen diese immer krasser werdenden Haftbedingungen gibt es dieses Jahr eine Welle von Aufständen, wie noch nie zuvor in der Geschichte der BRD: von Hamburg nach München, von Bonn bis Berlin brodelt es in den Knästen.

Viele von uns überlegen im Augenblick wie es unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen weitergehen kann. Aber trotz der ganzen Fragen, die wir haben, ist eines ganz sicher: die Solidarität mit den Gefangenen wird für uns immer untrennbarer Teil unserer Politik sein

Am 18.10. wollen wir auf die Straße, gleichzeitig werden auch in anderen Städten Aktionen laufen.

Klar ist seit langem, daß sich ohne den entsprechenden Druck, ohne unsere Solidarität die Haftbedingungen nur in eine Richtung verändern: sie werden permanent verschärft. Und es ist genauso klar, daß die hungerstreikenden spanischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in ihrem fast 11 Monate dauernden Kampf unsere praktischen Initiativen brauchen.

Goldene Worte - wir wissen natürlich auch, daß der Ausgang des Streiks letztlich von der politischen Situation in Spanien abhängt. Doch die Richtlinien dafür werden in westeuropäischen- und NATO-Gremien festgelegt und deshalb ist die BRD als führende Macht genauso für die betonharte Haltung des spanischen Staates verantwortlich. Das heißt auch, daß Verlauf und Ausgang des Streiks unmittelbare Bedeutung für alle politischen Gefangenen in den westeuropäischen Knästen und Trakten haben.

SOFORTIGE WIEDERZUSAMMENLEGUNG DER SPANISCHEN GEFANGENEN
AUS GRAPO UND PCE(r)!!!

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND
UND VON ALLEN, DIE DAS WOLLEN!!!

FREILASSUNG ALLER HAFTUNFÄHIGEN!!!

FREILASSUNG VON LUITI, ABER DALLI!!!

Ort:

17h, Kotti



-Keine Toten- die Aufständischen wehren sich gegen die Pressehetze !

ter 150, diese verschanzten sich im obersten Stockwerk einer der Blöcke. Die anderen Blöcke wurden von den Bullen nach und nach zurückerobert. Auf einen Einsatz der Terrorgruppe „SAS“ wurde trotz der Forderung vieler konservativer Politiker und Zeitungen verzichtet. Wohl um – mit Blick auf die liberale Öffentlichkeit – ein Massaker zu verhindern. Diese liberale Öffentlichkeit hatte nämlich auf Grund der offensichtlich unmenschlichen Bedingungen inzwischen ein gewisses Verständnis für die Aufstände gezeigt. Die Stürmung des Knastes mit „Riot-Police“ (SEK's vergleichbar) erfolgte erst am 25. Tag der Revolte, da sie vorher um das Leben der eingesetzten Bullen fürchten mußten. Die gut verschanzten Aufständischen hatten im Laufe der Revolte viele Bullen vom Dach aus verletzt, die ihnen zu nahe kommen wollten. Nach 25 Tagen glaubte man die verbliebenen 6 Gefangenen durch ständigen Psychoterror mür-

be genug, daß man sie mit mehreren Hundertschaften überwältigen könne, ohne viele eigene Verletzte zu befürchten. Erst konnten die Gefangenen noch auf das Dach flüchten, doch abgeschnitten von jeglicher Versorgung und naßgespritzt durch Wasserwerfer gaben sie Stunden später auf, nachdem sie noch mal den britischen Herrschenden auf der Nase herumgetanzt waren. In der Öffentlichkeit wurde das lange Zögern als liberale Politik der Verhandlungsbereitschaft dargestellt.

Bei Nacht sollten die Gefangenen durch Scheinwerferlicht, laute Musik und einen kreisenden Hub-schrauber am schlafen gehindert werden. Versuche der Gefangenen, vom Dach aus Kontakt mit Journalisten, Angehörigen oder anderen Leuten vor dem Knast aufzunehmen, wurde von den Bullen durch Sirenengeheul unterbunden. Deshalb und dadurch, daß die Gefangenen, die überwältigt wurden oder

aufgaben, von der Außenwelt isoliert wurden, gab es bisher praktisch kaum Kontakt zu an den Aufständen Beteiligten.

Trotz verschärfter Vorkehrungen kam es in den Wochen nach dem 1. 4. in mittlerweile knapp 20 weiteren britischen Knästen zu größeren und kleineren Aufständen, die allerdings alle relativ schnell niedergeschlagen wurden. Besonders bemerkenswert ist der Aufstand in Dartmoor (Südwestengland), wo es 100 Gefangene trotz schärfster Vorkehrungen – nach einer Woche Aufständen – gelang, so heftig zu rebellieren, daß der Knast wahrscheinlich abgerissen werden muß, genau wie Strangeways. Hier (in Dartmoor) wurde ein Gefangener tot in seiner ausgebrannten Zelle aufgefunden. Gefangene aus Dartmoor die nach der Niederschlagung ihres Aufstandes in einen Knast nach Bristol gebracht wurden, zettelten dort eine weitere Revolte an und verkündeten mit einem Transparent, daß die „Dartmoor Gefängnis-Riots Tournee“ Bristol erreicht habe.

Die Gefängnisaufstände, die von sozialen Gefangenen getragen wurden, brachten die unmenschlichen Haftbedingungen in den britischen Knästen in die öffentliche Diskussion. Als Reaktion der Herrschenden auf den breiten, militanten Widerstand aus den Knästen heraus, der – genau wie der Anti-Poll-Tax-Widerstand – zeigt, daß viele Menschen genug vom THATCHERISMUS haben, ist zu erwarten, daß sich die Haftbedingungen etwas verbessern werden.

Ob die Reaktion der revolutionären britischen Linken über eine verbale Solidarität hinausgehen wird, bleibt zu hoffen und abzuwarten. Während der Aufstände gab es allerdings keine sichtbare Reaktion, wohl auch deshalb, weil der Kon-



takt zu den sozialen Gefangenen fehlt, weil der Aufstand völlig unverhofft in die Anti-Poll-Tax-Kampagne platzte und eine Kontaktaufnahme mit den Aufständischen während der Revolten unmöglich war. Es gibt außerdem die Befürchtung, daß demonstrierte Solidarität von außen zu Repressionen drinnen (z.B. Besuchssperren) führen würde. Auf jeden Fall hat die Welle der Aufstände das britische Knastsystem im Mark erschüttert und den Gefangenen ein Gefühl eigener Stärke gegenüber dieser unmenschlichen Maschinerie gegeben, das länger bestehen wird als die Revolten.



★ AGITARE BENE

..... **3.10.90**

PROTOKOLL DES NACHBEREITUNGSTREFFEN ZU DEN AKTIONSTAGEN UND ZUR "DEUTSCHLAND HALT'S MAUL"- DEMO

Anwesend: Etwa 30 Leute aus den vorbereitenden Gruppen

1. Geld: Die eventuellen Überschüsse werden für Prozeßkosten zur Verfügung gestellt. Es gibt etwa 120 Strafverfahren, 6 Leute sitzen im Knast

2. Aktionstage:

-Deutschland, geh unter an Deinen Symbolen, So. 30.9.90:

Die Aktion war gut vorbereitet, scheiterte allerdings an einer zu schwachen Beteiligung, nur ca. 100 Leute und einer Bullenübermacht. Leute, die das Brandenburger Tor erklimmen wollten, wurden von Bullen und Aktivbürgern weggeprügelt und 3 Stunden Knast. Es gab gute Pressefotos: Bullen sperren das Brandenburger Tor ab. Es wurden Flugblätter verteilt.

-Montag, Aktion vor der Ausländerbehörde: 30 Leute waren trotz der Diskussionen auf der VV da, einige sind mit reingegangen. Atmosphäre war dennoch frustig.

-Dienstag, Schauspielhaus: Viele Bullen, die weiträumig abriegelten und wenig Bürger. Die Abriegelungen waren aber durch ortskundige überwunden worden. 50 Leute gelangten auf den Platz und wurden dort mehr oder weniger geduldet. Vogel, Meckel und Momper gerieten in aus Versehen in diese Menge hinein, nur Rempelen. Französische/Friedrichstraße scheinen einige Karossen wohl doch etwas abbekommen zu haben. B-Tor stank deutlich nach Buttersäure. Kritik: Im Prinzip war es ein leichtes, auf den Platz zu kommen, vorher genau auschecken wäre besser gewesen.

Es gab kein entwickeltes Alternativkonzept mit Ersatztreffpunkten, für den Fall der weiträumigen Absperrung.

Es gab Leute, die die Fahrtroute der Bonzen wußten, dies allerdings nicht ins Infosystem eingegeben haben.

Wir schätzen den Dienstag abend als deutlichen Mißerfolg ein. Ein flexibles spontanes Konzept ist hier an die Grenzen gestoßen, 1. durch die schwierigen äußeren Bedingungen, andererseits lebt so etwas von der verantwortlichen Vorbereitung vieler Leute und Gruppen. Allerdings ist das nicht nur eine technische Frage. Viele Leute von uns fühlten sich durch die deutsche Besoffenheit einfach erdrückt.

3. Zur demo: Schätzen wir als Erfolg ein. Der Aufruf war zu wessizentriert. Der angekündigte Ossiaufruf ist leider nicht erschienen. Riesen P.A. war eine gute Idee, wäre die erste autonome Großdemo gewesen mit Abschlußkundgebung zum Schluß. Wir fanden die Randalie während der Kundgebung allgemein etwas hirnerbrannt. In so einer Situation wollen die meisten sich ein wenig ausruhen, setzen sich hin, die Strukturen lockern sich auf. Die Folgen dieser Schwachsinnstat waren einerseits sehr viele Verletzte und Festgenommene bei uns, und die habt vor Allem Ihr zu verantworten und ein völliges Zerstören der ganzen Demo in alle Richtungen. Anstelle dieses Gemetzels der Bullen an unseren Leuten zu ermöglichen, hättet Ihr Euch vielleicht eine halbe Stunde mäßigen können. Danach hätten wir nämlich mit mehreren Tausend Leuten auf den Alexanderplatz gehen können und dann unter den Linden. Wir waren stark genug, und die DDR'lerInnen haben sich ja zum großen Teil relativ solidarisch gegen WestBullenprovos verhalten.

Der Lautsprecherwagen hätte weggemüßt.

Es wäre viel mehr möglich gewesen.

Zur VV: Die Aktionstage hätten breiter diskutiert werden müssen. Eine Kritik an das Aktionstage-Plenum, das die Tage auf der VV nicht vorgestellt hat. Die Diskussion um die abgesagte Aktion vor der Ausländerbehörde wurde in der Nachbereitung ausgeklammert. Die Demo nahm insgesamt zu breiten Raum in der Vorbereitung ein.

Bundesweite Mobilisierung war eher mäßig. Die Infos kamen spärlich und spät nach Westdeutschland/DDR. Es gab offensichtlich so ein Gefühl bei den Leuten, daß sich darum schon gekümmert wird. Das Städtetreffen war zu zeitig, da die meisten Leute erst am 2./3. da waren. Unsere Begründung warum am 3.10. in Berlin demonstrieren war nicht ausreichend.

Anschließend: Diskussion, v.A. die Problematik Konsumverhalten, Verantwortungslosigkeit vieler Gruppen in der Vorbereitung einerseits, ("wollen lieber abrandalieren") und andererseits was haben wir, als Vorbereitung damit zu tun, daß sich so wenig Leute verbindlich verhalten, ZK-Vorwürfe streuen u.Ä. Als Beispiel wurde genannt wie sich ein Teil der Demovorbereitung mit dem O-Platz als Beginn für die Demo durchgesetzt hat. Wir finden O-Platz auch im Nachhinein richtig, allerdings wurden die Leute, die dagegen waren regelrecht "plattgeredet".

Vielen von uns ist nicht so richtig klar, was es heißt wirklich eigenständig Großdemonstrationen (seit dem 1. Mai 1988) zu organisieren, d.h. ohne AL oder ohne Bündnis alles zu organisieren, Aufruf(e), Schutz, Meldesystem, Redebeiträge, Plakate Wir finden autonome, eigenständige Großdemos richtig und wichtig, die besseren Demos machen wir.

Schluß: Die Leute von uns mit den meisten Erfahrungen bei schwierigen Sachen müssen vermehrt unerfahrenere miteinbeziehen, z.B. gemeinsam die Demo anmelden oder gemeinsam Lautsprecherwagen fahren, damit sich nicht so ein Spezialistentum bei uns entwickelt. Zur nächsten Vorbereitung einer "autonomen" Großveranstaltung soll öffentlich aufgerufen werden, damit alle die Möglichkeit haben, dahin zu kommen. Die P:A: beispielweise hat mit neuen Leuten gute Erfahrungen gemacht, ebenso die MelderInnen.



IMMIGRANTINNEN NEHMEN SICH DIE HÄUSER DIE IHNEN SOWIESO SCHON
GEHÖREN !!!

Seit August/September 1990 kommt es in verschiedenen Städten Italiens (Bologna, Padua, Mailand, Brescia, ...) zu Hausbesetzungen durch ImmigrantInnen aus dem Trikont.

Laut offiziellen Angaben (1989) leben in Italien 1,6 Mio. ImmigrantInnen, zumeist aus Marokko, Tunesien, Algerien, Pakistan, Philippinen und zunehmend aus Nigeria und Senegal. Der Großteil arbeitet ohne Absicherungen, unter schlechtesten Bedingungen und völlig unterbezahlt als TagelöhnerInnen bei der Obst- und Gemüseernte und auf Baustellen in Süditalien. Dieser Arbeitsmarkt wird fast vollständig von der Mafia kontrolliert. In Norditalien sind die ImmigrantInnen hauptsächlich in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt und erfüllen entweder Schwerstarbeit oder gesundheitsschädliche Arbeit (Mord auf Raten). Von großer Bedeutung für den kapitalistischen Verwertungsprozess und die Kapitalakkumulation ist der Aufbau einer "Hausiererarmee" von ImmigrantInnen die natürlich hierarchisch organisiert eine große Palette von Produkten (Seife, Taschen, Feuerzeuge, Kulis...) verkauft. Viele Immigrantinnen werden mit falschen Versprechungen von Frauenhändlern nach Italien geholt und von Zuhälterringen zur Prostitution gezwungen. Dies ist eine kurze Beschreibung der Situation, da eine genauere Bücher füllen würde.

Die Lebensbedingungen der meisten ImmigrantInnen sind sehr schlecht (die der Frauen, wie überall, schlechter als die der Männer), sie haben keine Unterkunft und schlafen in Bahnhöfen oder Autos und sind ständigen Schikanen der Bullen ausgesetzt. Im Rahmen der EG Flüchtlingspolitik startete im Frühjahr '90 eine rassistische Hetzkampagne gegen die ImmigrantInnen in den italienischen Medien. Im Anschluß wurden neue AusländerInnengesetze verabschiedet welche am 30. 6. 90 in Kraft getreten sind. Einerseits betreffen sie die bereits in Italien lebenden ImmigrantInnen, andererseits sollen sie Europa/Italien gegen Büden dichtmachen. Die bereits in Italien lebenden ImmigrantInnen sollten die Möglichkeit erhalten Anträge für eine befristete Aufenthaltsgenehmigung zu stellen. Sie müssen dazu nachweisen vor dem 31.12. 1989 eingereist zu sein, doch die Praxis hat gezeigt, daß die Behörden diesen Nachweis nur in Form eines amtlichen Dokumentes akzeptieren (stempel im Pass, Arbeitsvertrag...). So haben viele statt der erhofften Aufenthaltsgenehmigung die Abschiebung erhalten! Gemäß den neuen rassistischen Einwanderungsgesetzen brauchen ImmigrantInnen von nicht-EG-Ländern um nach Italien zu kommen ein Visum, doch dafür müssen sie im italienischen Konsulat in ihrem Land Heimatland einen gültigen Arbeitsvertrag (für Italien) vorweisen. Wollen sie ein Touristenvisum erhalten, müssen sie eine Einladung und eine bestimmte Menge Geld vorweisen. Die dritte, und letzte Möglichkeit ist ein Studienvisum, doch hierfür müssen sie entweder ein Stipendium vorweisen oder die Familie muss beweisen, daß sie imstande ist den Studienaufenthalt zu finanzieren. Aus dieser Situation heraus begannen im August / September die Kämpfe der ImmigrantInnen für Ihre grundlegenden Bedürfnisse bzw. Rechte, in erster Linie um Wohnraum. Etwa 10 marokkanische Immigranten besetzten im April ein Haus in einem Dorf in der Nähe von Padua und wurden auf Antrag des Bürgermeisters (Mitglied der KP Italiens !!) geräumt. Das besetzte Autonome Zentrum "Pedro" in Padua bot ihnen daraufhin das Zentrum als Übernachtungsmöglichkeit an. Durch die Kontakte mit diesen Immigranten entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen diesen und den GenossInnen des Zentrums. Es wurden Plenas und Veranstaltungen für und mit ImmigrantInnen organisiert, die stets gut besucht waren (bis zu einigen Hundert). Die Anzahl der im Pedro lebenden Immigranten wuchs ständig; es kamen auch einige Nigerianer dazu, die eine afrikanische Volksküche im Pedro organisierten. Durch die Diskussionen zwischen den Immigranten und den GenossInnen vom Pedro entwickelte sich die Überzeugung, das Besetzungen notwendig und

neues Territorium in Besitz!" oder "Das sind ja Polizeieinsätze, schlimmer als früher!" usw.), als auch im Anschluß daran, durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit über diverse Medien, über Plakate usw.

Abschließend möchten wir noch einige Bemerkungen zur weiteren Perspektive radikal-linker Politik machen.

Nach unserer Einschätzung wird sich die soziale Situation im vereinigten Deutschland insgesamt eher verschlechtern, insbesondere aber in der ehemaligen DDR: Arbeitslosigkeit wie in der Weimarer Republik, Wohnungsnot und Armut für einen großen Teil der Bevölkerung werden zu einer sozial und politisch brisanten Lage führen. Angesichts der Dimensionen dieser Vereinigungsfolgen wird die bisherige radikal-linke Politik als Sandkastenspiel erscheinen. Egal ob es zu einer reaktionären Entwicklung oder zu einer fortschrittlichen (Kampf unten gegen oben) kommt, wir müssen als Linke aus der bisherigen Isolierung von der Bevölkerung heraus, wenn wir nicht von der Entwicklung überholt oder sogar "an der Wand zerquetscht" werden wollen! Die bisher eher geduldeten als erkämpften Freiräume werden, wenn die Zeiten härter werden, zunehmend eingeengt (Berlin als "sichere Hauptstadt", es werden z.B. überhaupt keine besetzten Häuser mehr geduldet usw.). Beim derzeitigen Kräfteverhältnis ist selbst ein Halten des bisherigen Standes radikal-linker Politik mehr als fraglich, an einen wirklich effektiven antiimperialistischen oder antifaschistischen Widerstand ("Kampf in den Metropolen") nicht zu denken! Die bereits in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung (v.a. im Osten, aber nicht nur dort) vorhandene latente reaktionäre Stimmung könnte sich zudem deutlicher als bisher organisieren (rechte Bürgerwehr!) und uns Linke vollends in die Defensive treiben. Zusammen mit dem weit verbreiteten bisherigen politischen Stil der Szene (z.B. Gruppenthieberei, Aktionismus und Planlosigkeit) könnte dies zu einer vollständigen politischen Niederlage führen!

Wir wollen hier nun aber nicht nur ein schwarzes Bild malen, sondern von uns aus Überlegungen anstellen, wie wir als Linke aus der drohenden Sackgasse herauskommen können.

Zum einen müssen wir bei unseren politischen Aktionen viel mehr als bisher unsere Außenwirkung beachten, wobei der Bezugspunkt der ausgebeutete Teil der Bevölkerung sein muß (die Herrschenden werden ohnehin alles gegen uns ausschlagen, allerdings sollten wir es ihnen nicht zu leicht machen, wie bereits gesagt). Daher muß auch eine allgemeinverständliche Öffentlichkeitsarbeit zum ständigen Bestandteil radikal-linker Politik werden, wobei besonders auf die Probleme und Nöte der Bevölkerung eingegangen werden sollte, die ohnehin schon als Widersprüche zur herrschenden Politik vorhanden sind. Desweiteren müssen wir uns verbreitern, d.h. es genügt nicht, daß zu bestimmten Zeiten eine größere Demo läuft, zu der ne Menge Leute kommen, die hinterher dann wieder verschwinden-" bis zum nächsten Mal..." Das mit uns sympathisierende Potential muß vielmehr in eine dauerhafte politische Arbeit eingebunden werden. Dazu sollten sich alle auch neue Politikformen überlegen, die in der Lage sind, mehr Leute als bisher zu erreichen und zu mobilisieren.

In diesem Sinne wünschen wir uns in Zukunft einen gemeinsamen Kampf aller antikapitalistischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte in Berlin und anderswo!

ROTES KOMITEE



5. Keine Hinweise an Bullen v

Weimar

volxsport

...und schließlich fanden sich noch paar GenossInnen denen in der Nacht vom 2. auf 3.10. die Fensterscheiben von Hertie nicht gefallen haben ...

Politische Einschätzung der Demo am 3.10.

Wir haben uns an der Demo beteiligt, weil wir es für absolut notwendig hielten, dem großdeutschen Rummel und der imperialistischen Einverleibung der DDR etwas entgegenzusetzen.

Wie vielleicht andere auch, waren wir von der Größe der Demo überrascht (je nach Angaben 10-15.000 o. mehr). Das ist unserer Meinung nach - wie auch die letzten beiden 1. Mai-Demos gezeigt haben - ein Zeichen dafür, daß links von Reformisten und etablierten Linken ein relativ stabiles Potential von Leuten existiert, die antiimperialistisch oder revolutionär eingestellt sind, bzw. für eine solche Richtung Sympathien haben.

Im Verlauf der Demo hat sich darüberhinaus gezeigt, daß in nicht geringen Teilen der Bevölkerung von Berlin Ost und West die Ergebnisse und Perspektiven der Vereinigung und der nationalistische Rummel des letzten Jahres auf Gleichgültigkeit, Skepsis, ja sogar Angst und Ablehnung stoßen. Am "Jubeltag der Deutschen", mitten in der zukünftigen Hauptstadt: "Deutschland, Halt's Maul!" - eine schärfere Provokation aller, die sich von der Einheit was versprechen, ist kaum denkbar. Trotzdem hielt sich die Feindschaft des Publikums am Rand, die als Vereinigungsfeierler sicher zum großen Teil extra angereist waren, in Grenzen, wurden Flugis meist interessiert abgenommen. Auch nach der Demo-Auflösung durch die Bullen und während der Straßenschlacht am Alex gab es eher Schaulustige, wie in Kreuzberg, die zumindest neutral beobachten und sich nicht auf die Seite der Polizei stellen. Diese Situation muß aber von uns ausgenutzt werden: Es wäre nämlich gerade die Aufgabe von Linken, die in der Bevölkerung vorhandenen Widersprüche zur herrschenden Politik zu verstärken. Es stellt sich hier allerdings die Frage, ob und wie diese Aufgabe wahrgenommen wurde. Schon das Motto der Demo: "Deutschland, Halt's Maul!" ist nicht geeignet, irgendein inhaltliches Verständnis zu vermitteln (Sollen jetzt alle Deutschen "das Maul halten"? Wer bzw. was ist damit eigentlich gemeint?). Aber nicht nur, daß das Motto mißverständlich und geradezu dümmlich daherkommt, so beinhaltet es auch unserer Meinung nach einen gravierenden politischen Fehler dergestalt, daß dadurch eine prinzipielle und platte antideutsche Haltung zum Ausdruck kommt, die alles "deutsche" zum Schlechten an sich hochstilisiert und damit eine Mystifikation des Begriffs "deutsch" betreibt, wie sie auch von bürgerlicher Seite vorgenommen wird - nur eben anders herum, eben "anti-". Es käme für Linke aber gerade darauf an, diesen leidigen Begriff in seiner scheinbaren Einheitlichkeit in den Köpfen der Bevölkerung zu zerschlagen und ihn mit neuem Inhalt zu füllen: "Gegen ein Deutschland der Unternehmer und Konzerne, gegen ein Deutschland des Kapitals"! Ein viel besseres Motto wäre der ebenfalls in der Szene bekannte Spruch gewesen: "Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten".

Im gleichen Sinne müssen die häufig zu hören gewesenen Spruchparolen kritisiert werden: "Wir haben Euch etwas mitgebracht - Haß, Haß, Haß!". Da kein genauerer Adressat angegeben wurde, mußten bzw. sollten sich wohl alle Passanten am Rand davon angesprochen fühlen(?), bzw. alles "spießige" sollte vielleicht zum Angriffspunkt gemacht werden. Zwar haben wir auch nichts für spießige und selbstgefällige Kleinbürger übrig, aber wenn hier quasi ohne genaue Überlegung die Mehrheit der Bevölkerung zum Gegner bzw. sogar Feind erklärt werden soll (also alle die, die nicht zur Szene gehören), dann mag das im Augenblick vielleicht ganz witzig sein, politisch gesehen ist es jedoch höchst unproduktiv und schädlich für alle linken Kräfte.

Insgesamt gesehen ergab sich unserer Meinung nach eine mangelnde Vermittlung für die Bevölkerung verständlicher Inhalte. Diese mangelhafte inhaltliche Vermittlung stand jedoch in Widerspruch zu einer schnellen Bereitschaft zur Militanz und zur Straßenschlacht. Beides muß jedoch unserer Meinung nach in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Dies wiegt um so schwerer, wenn die praktische Politik vielfach von einem Springen von militanter Demo zur nächsten geprägt ist (Beispiel: Was war nach der Demo in Lichtenberg, was war nach dem 1. Mai, was wird nach dieser Demo sein?). Die brennenden Autos und die eingeschmissenen Scheiben am Alex sind als Ausdruck ohnmächtiger Wut angesichts der Bullen-Provokation zwar verständlich, jedoch politisch höchst unklug: verstärken sie doch das in den Köpfen der Bevölkerung vorhandene Vorurteil von den "Chaoten", das sich mit den Inhalten der radikal-linken Politik verbindet. So einfach sollten wir es aber den Herrschenden nicht machen, deren Taktik es allgemein ist, einen Keil zwischen Linke und Bevölkerung zu treiben ("Teile und herrsche"), während es eigentlich Aufgabe der Linken sein sollte, einen Keil zwischen Herrschende und Bevölkerung zu treiben! Es wäre also taktisch wesentlich besser gewesen, auf die Bullenprovo nur eine direkte Auseinandersetzung mit den Bullen zu suchen, was in der Bevölkerung erfahrungsgemäß besser ankommt als Sachschäden an privaten Autos usw. Gegen die massive Bullenpräsenz am Rande der Demo und gegen die Auflösung der Demo durch die Bullen am Schluß hätten wir eine breite Öffentlichkeit herstellen müssen, und zwar am Ort des Geschehens selbst (d.h. die eher neutralen Zuschauer der Straßenschlacht gegen die Bullen einzustimmen, z.B.: "West-BGS und West-Polizei nehmen wohl ihr

richtig sind. So besetzten die Immigranten gemeinsam mit den GenossInnen vom Pedro Anfang August drei Häuser (eins von mehr als 200 Nigerianern, eins von 70 Marokkanern und eins von 50 Marokkanern und Tunesiern). Die Nigerianer gründeten kurz nach der Besetzung eine "Nigerian Community" und bildeten kollektive Strukturen. In allen drei Häusern fanden Hausplenar statt und die Bewohner aller drei Häuser trafen sich regelmässig im Pedro zu einem gemeinsamen Plenum. Die wichtigste Entwicklung während der Besetzungen war das Entstehen kollektiver Strukturen in den Häusern (die Immigranten waren vorher immer auf sich gestellt und auf der Suche nach Individuallösungen) und mit den GenossInnen vom Pedro. Am 8/9/1990 gab es eine Demo mit mehr als 1000 Leuten. Die Situation wurde brenzlich für die Stadt, da sich immer mehr ItalienerInnen der unteren Klassen (ProletarierInnen - welch' schönes Wort) solidarisierten! Die Antwort des Bürgermeisters war die Räumung einige Tage später. Die Kirche versprach den Nigerianern (Katholen) eine Unterkunft und setzte damit die Waffe der Spaltung ein. Während die Marokkaner, Tunesier und GenossInnen vom Pedro aus Protest vor dem Rathaus schiefen, legten sich die Nigerianer, den Pfaffen lauschend, vor eine Kirche und gaben den Kampf um Häuser auf. Die Marokkaner und Tunesier hingegen besetzten gleich am nächsten Tag ein anderes Haus (wieder gemeinsam mit den GenossInnen vom Pedro), wurden jedoch gleich wieder geräumt. Doch der Kampf ging weiter, am 23/9 wurde eine alte Fabrik besetzt. Angesichts der Entschlossenheit versuchen nun verschiedene Pseudolinke Parteien (Grüne, KP Italiens ; ; ..) Gewerkschaften eine Lösung zu finden, sogar der Bürgermeister war gezwungen mehrmals BesetzerInnen zu empfangen. Ein großes zerren und ziehen hat begonnen, Parteien und Gewerkschaften versuchen die Immigranten zu Instrumentalisieren und die Selbstorganisation zu verhindern. Doch die Immigranten sind entschlossen ihren Kampf selbst weiterzuführen und haben eine Vereinigung der Immigranten aus dem Maghreb gegründet. Zur gleichen Zeit (August) besetzen 250 Marokkaner in Brescia, gemeinsam mit den GenossInnen vom dortigen besetzten Autonomen Zentrum, ein Haus. Ein anderes Haus war schon etwas länger von ImmigrantInnen aus Pakistan; Senegal, Nigeria, Marokko, Tunesien und Ägypten besetzt, welches jedoch in einem so schlechten Zustand ist, daß jetzt vor dem Winter ein anderer Wohnblock besetzt werden soll. Auch dies in Zusammenarbeit mit dem Autonomen Zentrum. Eine Demo brachte mehr als 1000 Menschen auf die Straße. Beide Häuser(-blocks) sind immer noch besetzt. Im Rahmen dieser Besetzungswelle wurden in Bologna 80 Wohnungen von 400 Marokkanern besetzt, und am 22/9 fand eine Demo mit mehr als 4000 Menschen statt. Die Besetzungen in Mailand (ein Gelände auf dem MarokkanerInnen in Hütten lebten und ein 150 PakistanerInnen besetzter Wohnblock) wurden wieder geräumt. Abgesehen von diesen öffentlich gemachten Besetzungen, gibt es in ganz Italien unendlich von stillen Besetzungen. Durch diese Besetzungen sind die ImmigrantInnen aus ihrer passiven Rolle herausgetreten und sind zum handelnden politischen Subjekt geworden. Dies steht im krassen Widerspruch zu den Interessen der Herrschenden, die für die ImmigrantInnen nur Durchgangslager vorsehen, in denen die Aufenthaltsdauer nicht mehr als 6 Monate betragen darf. Nach diesen 6 Monaten müssen die ImmigrantInnen in ein anderes Lager, in einer anderen Stadt. So bleiben sie als mobiles Arbeitsheer des Kapitals erhalten. Doch nicht genug damit, laufen fast alle Besetzungen gemeinsam mit den Autonomen GenossInnen, die gemeinsam mit den ImmigrantInnen die aus politischen Gründen ihre Länder verlassen mußten, eine starken Prozeß der Selbstorganisation und Politisierung vorantreiben. Diese explosive Mischung ist den Herrschenden in Italien ein Dorn im Auge !!! InteressentInnen können sich an folgende Adresse wenden:

Radio Sherwood
 Vicolo Pontecorvo 1
 35100 Padova
 ITALIA

Tel.: 0039 - 49 - 8752129
 Fax : 0039 - 49 - 664589

Liebe Interim

die folgende Stellungnahme einiger Lesben aus autonomen Zusammenhängen klebt seit Donnerstag, dem 11. Oktober 1990 an der Außenwand des Antiquariats; außerdem fanden wir ein Exemplar auf unserem Schreibtisch im Buchladen.

Da wir einerseits nicht wissen, ob die Frauen die Öffentlichkeit suchen, wir es andererseits aber wichtig finden, die Auseinandersetzung darüber sceneöffentlich zu führen, senden wir Euch neben unserer eigenen Antwort an die Frauen (auch unsere einzige Chance sie zu erreichen!) auch deren Brief an uns mit, den wir noch mal - ungekürzt, unverändert (er kann eingesehen werden an der Hauswand) - für Euch abgetippt haben.

das Kollektiv des Max Hoelz Antiquariats am 12. Oktober 1990

STELLUNGNAHME ZUM 'MAX HOELZ ANTIQUARIAT' IN DER MAINZER STRASSE 4 IN BERLIN FRIEDRICHSHAIN

Aus der Biographie von Max Hoelz "Vom 'Weißen Kreuz' zur roten Fahne", ist ganz klar seine Einstellung zu Frauen, Vergewaltigern, Mißhandlern und sonstigen sexistischen Realitäten zu entnehmen. Da nützt es auch nichts zu sagen, es sei ein zeitliches Dokument und damit könne MANN auch mal darüber hinwegsehen, weil es ja schon so lange her ist.

Fehleinschätzung, denn in der Zeit hat sich u.a. schon Alexandra Kollontai gegen die sexistische Rollenaufteilung in der männerdominierten Gesellschaft ausgesprochen und gewehrt, und daß das einigen Kommunisten nicht gefallen hat, drückte sich darin aus, daß sie gerade mal noch als Abgesandte der Partei in Finnland arbeiten durfte. Neben ihr haben sich auch viele andere Frauen gegen Sexismus und Frauenfeindlichkeit gewehrt - auch damals schon. Hier seien noch einige Namen genannt: Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Louise Michel. Das sind einige der bekanntesten Frauen, deren Stellung und Ausbildung es ihnen erlaubte, sich schriftlich dazu äußern zu können.

Die Benennung des Antiquariats drückt mal wieder die Ignoranz und Nicht-Auseinandersetzung der Linken Männer und auch Schwulen mit dem Patriarchat aus.

Hier zur Belegung des Vorwurfs ein Zitat von Max Hoelz:

"Den zweiten Teil, meine Erinnerungen an das 'Leben' hinter Zuchthausmauern, widme ich nicht nur allen politischen Gefangenen, sondern auch den Kriminellen, den Dieben, den Meineidigen, den Sexualverbrechern, den Zuhältern, Mördern und Schwindlern, allen, die für Jahre oder Jahrzehnte lebendig begraben sind. Ob die 'Schuld' des einen auf Veranlagung, die des anderen auf das soziale Milieu, in dem er lebte, zurückzuführen ist, gilt mir gleich: ich liebe sie alle." (aus o.g. Buch S. 15-16)

Daß Männer und Schwule es sich heute noch trauen, diese Ignoranz auf ihre Fahnen und Hausmauern zu schreiben, ist ungeheuerlich.

Wir fordern die Umbenennung dieses Antiquariats: sofort!!!

Unseren Augen entgeht nichts!

Paßt bloß auf!!

Einige Lesben aus dem autonom antiimperialistischen/antipatriarchalen Widerstand.

Liebe Lesben aus dem autonom antiimperialistischen/antipatriarchalen Widerstand,

wir möchten zu Euerm Flugli Stellung nehmen, das wir an und in unserem Laden vorgefunden haben. Wir hätten es natürlich besser gefunden, wenn Ihr uns direkt angesprochen hättet, glauben aber einigermaßen verstanden zu haben, warum Ihr auf solche Diskussionen mit uns keine Lust mehr habt.

Es geht uns auch gar nicht darum, uns von Eurer Kritik reinzuwaschen, also so tun, als sei sie einfach so mit einigen vordergründigen Argumenten aus dem Weg zu räumen. Es war auch ganz einfach ein Fehler, daß wir noch nichts zur Mackerhaftigkeit von Hoelz gesagt haben, obwohl wir die Möglichkeit ja spätestens in unserem Artikel in der BesetzerInnenZeitung gehabt hätten. Wir hatten (und haben bis heute) auch ziemliche Schwierigkeiten, uns durch den Wust von Widersprüchlichem, von Erzähltem und Dokumentiertem zu dem Kommunisten Hoelz zu kämpfen. Stand ist aber keineswegs, daß wir in Hoelz das Ideal des männlichen Revolutionärs sehen (dazu unten mehr). Wir dachten jedenfalls, es würde ausreichen, wenn wir uns auf einer Veranstaltung zu Max Hoelz über seine Person auseinandersetzen. Diese war auch schon für die letzten Wochen geplant, mußte aber wegen der Schwierigkeiten ZeitzeugInnen zu finden, Leute anzusprechen, die über ihn gearbeitet haben etc. in den Dezember verlegt werden. Wir wollen aber auch sagen, wie wir zu dem Namen Max Hoelz Antiquariat gekommen sind - und ihn trotz Eurer Kritik weiterhin für richtig halten.

Davor noch einige Anfragen an Eure Argumentation. Natürlich verstehen wir keine historische Aussage, auch nicht des Max Hoelz' Autobiographie, einfach unhinterfragt als Zeitdokument. Wir können aber auch nicht jede Aussage völlig zeitlos sehen. Das heißt zum Beispiel, daß die Sexualverbrecher, von denen Hoelz spricht, in der überwiegenden Mehrzahl SexualverbrecherInnen im Sinne von Schwulen, Prostituierten und Strichern und Geschlechtskranken gewesen sein *dürften*. Die patriarchale Klassenjustiz *hat* Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen damals noch weniger geahndet, als sie das heute tut. Unter den *Mördern* hätte Max Hoelz sich fast selber befunden, dazu zählten auch die Frauen und ÄrztInnen, die wegen kriminalisierter Schwangerschaftsabbrüche eingeknastet wurden. Wir finden eure Zitatwahl um so erstaunlicher, als der konkrete Lebenslauf von Max Hoelz (und der der allermeisten kommunistischen Funktionäre und revolutionären Kämpfer), die Beziehungen, die er zu Frauen unterhalten und wie er Frauen politisch eingeordnet hat, ihn viel mehr als *völlig unreflektierten Patriarchen und Macker* entlarven, als irgendeine seiner schriftlichen Äußerungen.

Euer Verweis auf Alexandra Kollontai stimmt.

Mit Rosa Luxemburg und Clara Zetkin (die die beiden maßgeblichen *Kommunistinnen* waren, deren theoretischen Ansätze im Blickfeld von Hoelz hätten stehen müssen) wird das aber schon schwieriger. Beide haben sich, Clara stärker noch als Rosa, scharf gegen die *gesamte* Frauenbewegung abgegrenzt. Zwar haben sie für ihre individuellen Rechte in der Partei gestritten und sich für einzelne Frauen eingesetzt, die sie für genauso kompetent hielten, wie die Männer in der Partei. Verschlössen haben sie sich aber Versuchen einer strukturellen Analyse des gesellschaftlichen Gewaltverhält-

nisses von den Männern gegen die Frauen. (wobei wir nicht bestreiten, daß sie fürchten mußten, ihre eigene Stellung in "anderen" Bereichen durch eine Parteinahme für Frauenrechte wieder zu gefährden)

Wir denken, daß die theoretischen Arbeiten von Clara und Rosa (bei ihr gerade auch die Praxis) und anderen Kommunistinnen die *Grundlage* gelegt haben für das Erkennen des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs Patriarchat, den der dogmatische Marxismus-Leninismus bis heute nicht begriffen hat. Ihre Konzeptionen, ihre Arbeiten waren für eine umfassende Patriarchatsanalyse angelegt und offen, aber sie haben sie nicht geleistet. Daran ist nichts zu ändern, auch durch bloße Behauptung nicht. Ihre Schriften sind für uns heute wichtige Bezugspunkte - aber sie haben den grundlegenden Zusammenhang von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und kapitalistischer Produktionsweise nicht benannt. Für uns ist aber geradezu unbegreifbar, *wenn wir die beiden nicht in ihrer Zeit sehen*, - eben wie Hoelz -, warum ihre Überlegungen sie darauf nicht gedrängt haben. Was bleibt, sind *Brüche* und *Widersprüche*.

Uns geht es mit Max Hoelz ähnlich. Unsere Diskussionen über revolutionäre Praxis in den Metropolen führt, wenn wir sie auch historisch führen, auch auf Max Hoelz. Er ist, seitdem er in der UdSSR den Säuberungen zum Opfer fiel, sehr erfolgreich beinahe völlig verschwiegen worden, obwohl er jeder, die damals schon gelebt hat, bekannt war durch seine von der "offiziellen" kommunistischen Linie abweichenden Praxis. Er ist Vertreter einer Form der revolutionären Aktion, die von den kommunistischen Parteien mit der gleichen Energie verpöndelt und verschwiegen worden ist, wie schon die Diskussion um militanten Widerstand in der BRD kriminalisiert und unterdrückt wird. Das ist für uns *ein Bezugspunkt*, was nicht heißt, daß es da für uns nicht auch viele und heftige Brüche und Widersprüche gibt. Wobei fraglich ist, ob es historische Bezugspunkte gibt ohne diese Brüche und Widersprüche. Wir finden es aber auch falsch, uns aus unserer Geschichte mit ihren mehr beschissenen denn vorwärtsweisenden Seiten als linke Männer herauszustehlen.

Wir hätten das Problem natürlich einfach umschiffen können, uns einer solchen Diskussion aber auch entzogen, indem wir uns den Namen einer Kämpferin gegeben hätten - das wäre auf Anhieb vielleicht populärer und unkomplizierter, aber auch vermessen und opportunistisch, auf jeden Fall falsch gewesen.

Das heißt: wir finden Eure Kritik *in dem Sinne richtig*, daß es eine kontinuierliche Diskussion darüber geben muß, wo unsere historischen Bezugspunkte liegen können, wie wir unsere politischen "AhnInnen" und potentiellen Vorbilder begreifen und hinterfragen und wie programmatisch die Benennung eines Projekts überhaupt sein kann.

Ob wir mit der Benennung unseres Ladens unbedingt *der* mustergültige Ausdruck der "Ignoranz und Nicht-Auseinandersetzung der Linken Männer und auch Schwulen mit dem Patriarchat" sind, und eine Umbenennung mit "sofort!!!" und "Paßt bloß auf!!" irgendeine/n mit diesen Brüchen und Widersprüchen irgendwie weiterbringt - *darüber würden wir zumindest nochmal gerne reden!*

Max Hoelz Antiquariat im Tantenhaus Forellenhof, Mainzer Str. 4, Berlin-Friedrichshain

ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM DIE BENENNUNG DES MAX HOELZ ANTIQUARIATS im Tantenhaus Forellenhof in der Mainzer Str. 4

Wir anerkennen auf Grund der Diskussionen der letzten zwei Tage, daß es derzeit keine Möglichkeit gibt, die von uns angestrebte inhaltliche Auseinandersetzung zur Benennung des Antiquariats zu führen, was auf die objektiven Bedingungen, unter denen eine solche Diskussion geführt werden muß, zurückzuführen ist. Wir streichen die beiden Wörter "Max Hoelz" aus dem Namen des Antiquariats. Das Antiquariat und die Veranstaltungsreihe werden fortgeführt. Für uns selbst ist die Auseinandersetzung mit der technischen "Bereinigung" nicht beendet.

Berlin-Friedrichshain, am Sonntag, den 14.10.1990 -

das Kollektiv des Antiquariats in der Mainzer Str. 4

Öffnungszeiten: Montag-Mittwoch, Freitag 12-19.00 Uhr, Samstag ca. 12-16.00 Uhr,



Fischblasen, das beste französische Fabrikat, in hygienischer Cellophan-Umhüllung.

Condom aus *Fischblasen*.

Neben dem Condom aus Gummi wird, wenn auch in einem, gegen früher, verminderten Maße, der Condom aus Fischblase, welcher in Wirklichkeit aus Lämmerdarm besteht, benutzt.

Die besten und dünnsten werden aus drei Monate alter Tieren gewonnen. Das Rohmaterial wird in Lauge gereinigt und abgeschabt. Wenn dabei, was nicht selten der Fall ist, Exemplare schadhaft werden, so werden sie nachträglich durch Aufkleben von Fleden aus demselben Material repariert. Das sind dann die billigeren Sorten. Aber auch diese sind nicht ganz so schlecht als ihr Ruf, denn der Klebstoff, welcher dabei in Verwendung kommt, ist wasserunlöslich und geht deshalb beim Gebrauch nicht leicht ab.

Die Zubereitung ist eine Pariser Spezialität, welche eine lange Tradition hinter sich hat und deshalb nirgends so geschickt gehandhabt wird wie dort. Wenn auch in Amerika, um die in den Massenschlächtereien von Chicago anfallenden Mengen von Schafsdärmen zu verwerten, ebenfalls Fischblasen erzeugt wurden, so hat diese zu Anfang dieses Jahrhunderts bestehende Fabrikation jedenfalls heute keine Bedeutung mehr, wohl

Zeitgenössische gebräuchliche Verhütungsmittel

ERNEUTER MORD IM BASKENLAND AN MILITANTE DER ETA !!!!

Die von der Säuberung franquistischer Strukturen und Verantwortlicher verschonte spanische "Demokratie" schuf die Todesstrafe offiziell zwar 1978 ab, doch scheint sie kein Interesse an politischen Gefangenen zu haben. In den letzten 3 Jahren wurden 8 (!) Militante (Aktive) der ETA (m) erschossen, obwohl eine Festnahme möglich war. Am 25.6.90 traf die franquistische Guardia Civil in der Schlucht von Lumbier auf drei Etxarras, die nach einer Schießerei die Flucht ergriffen. Dabei töteten sie einen Sergeant der Guardia, Gerd Rubenach, Mitglied des Kommandos, wurde im Bein verletzt. Ein holländisches Ehepaar begegnete den flüchtigen Etxarras und in der Annahme Kriminelle vor sich zu haben, taten sie so als verstünden sie nicht, statt den geforderten Wagen bereitzustellen. Innerhalb einer halben Stunde wurde die Schlucht abgeriegelt, mit einer Hundertschaft durchsucht und mit Helicopter überflogen.

Noch bei Tageslicht wurde die Suche abgebrochen und auch



nicht wieder aufgenommen, als sie den verletzten Rubenach fanden. Nur 15 Meter von dieser Stelle präsentierten die Guardias dann einen Tag später die anderen Beiden- Tot!! Selbstmord lautete die Diagnose der Regierung !

Widersprüche: Die Leiche von Susana Arregi wies zwei Kopfschüsse auf, mit den Projektilen einer Pistole- der eines Guardias. Die Todesursache von Jon Lizarralde war laut Autopsie Ertrinken- danach ist auf seinem Kopf geschossen worden! Die HolländerInnen, die nach der ersten Schießerei

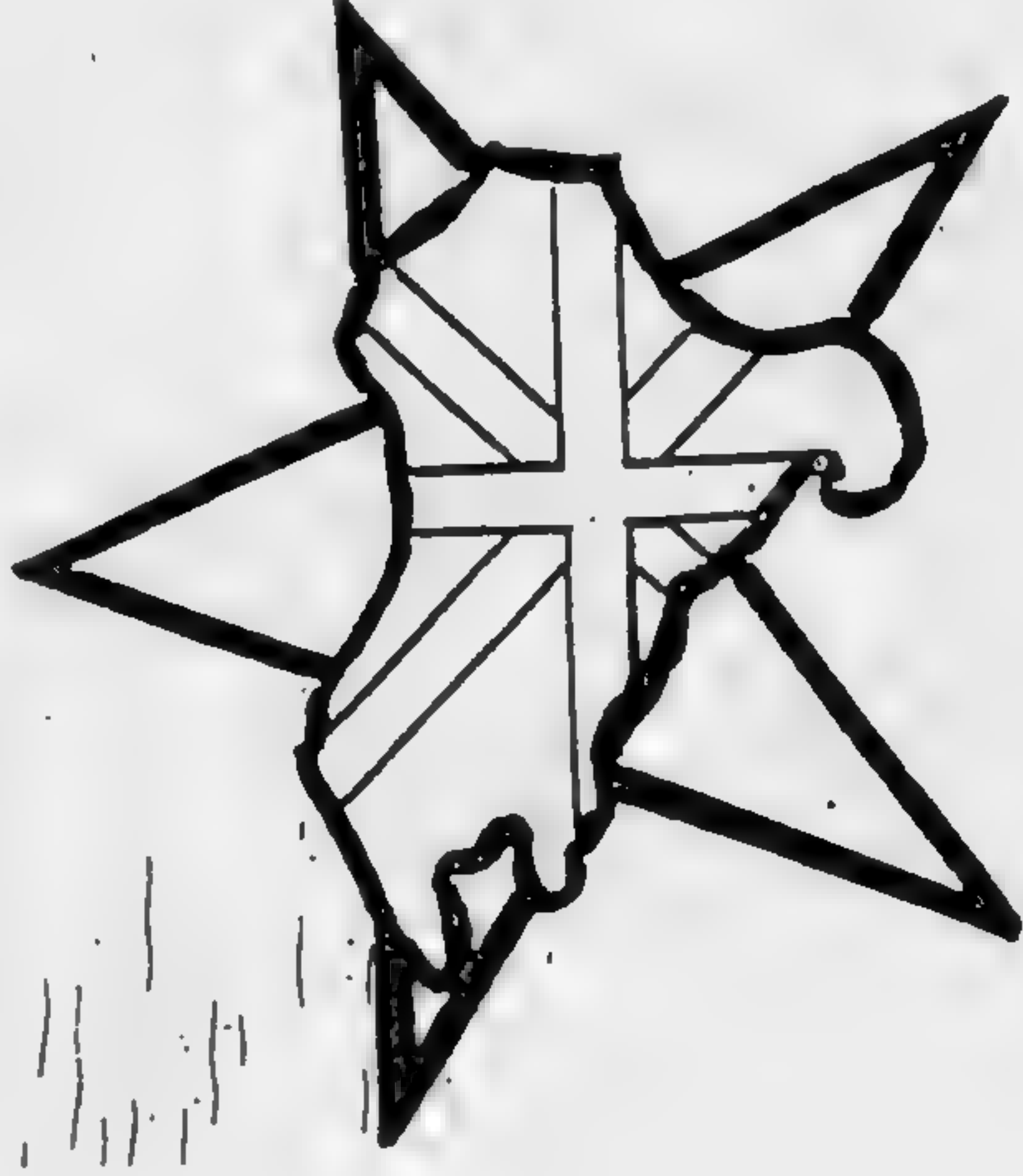
weitere Schüsse hörten, die die Guardias bestreiten, zeigten Bereitschaft, noch einmal auszusagen, wurden aber mit der Begründung abgewiesen, Aussagen bereits gemacht zu haben. Beim ersten Verhör fühlten sich die Beiden vom polizeilichen Dolmetscher immer mißverstanden.

Rubenach betonte beim richterlichen Verhör am 11.7., daß sich niemand selbst erschossen hätte.

Am 18.9.90 fand ein weiterer Mord statt. Drei Etxarras warteten in Pamplona auf einen Drogenhändler um ihn zu liquidieren, wurden aber von der Polizei beobachtet und umstellt. Sie stiegen aus dem Wagen und, weil trotz mehrerer Versuche die Pistole nicht funktionierte, ergriffen sie die Flucht. Die Polizei erschoss den 23jährigen Mikel Castillo Furtado, der nach offizieller Version mehrmals auf die Verfolger schoß. Alle Zeugen widersprachen dem: Er hätte zu diesem Zeitpunkt keine Waffe mehr gehabt.

Als Folge der Morde kam es in den Geburtsstätten der Getöteten zu Generalstreiks und zu Massendemos von 10000 von Menschen.

Seit Stammheim, den Morden an IRA-Aktivisten in Gibraltar und der Komalösung wissen wir, daß der Tod politischer Gegner als Mittel zur Herrschaftssicherung eingesetzt wird. In Euskadi kommen sie nicht durch, da große Teile der Bevölkerung weiterhin für kulturelle Identität, Unabhängigkeit und Sozialismus kämpfen werden!



egin

IRAKURLE KRITERIODUNAK



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Mikel Castillo von der Polizei ermordet

Am 17. September 1990 wurden an der Stadtmauer von Iruñea (Pamplona) bei einer Polizeiaktion Mikel Castillo (23) durch Schüsse getötet und Bautista Barandalla verhaftet. Ein dritter Mann konnte abhauen. Nach Darstellung der Polizei waren alle drei bewaffnet, Mikel wollte schießen, seine Waffe hätte aber Ladehemmung gehabt. Zahlreiche Augenzeugen berichteten jedoch, sie hätten bei den drei Leuten keine Waffen gesehen und Mikel wäre von hinten aus einer Distanz von vier bis sechs Metern erschossen worden. Später gab es in der Altstadt Iruneas mehrere Razzien, unter anderem im Keller einer Bar, wo die Polizei angeblich Waffen und Munition fand. Der Pächter der Bar ist abgetaucht, sein Kompagnon wurde

Als ein Zufall erscheint es uns inzwischen nicht mehr, daß seit Mitte September die Egin sehr unregelmäßig und an manchen Tagen gar nicht mehr ankommt. Explizit fehlen die Egin, in denen wahrscheinlich ausführlich über die Ereignisse nach der Ermordung von Mikel Castillo und der Verhaftung von Bautista Barandalla berichtet wurde. Die Ausgaben, in denen Anfang September die Berichterstattung zum GRAPO-Attentat in Barcelona war, kamen verdächtig spät und waren in einem Fall mit Bleistiftnotizen versehen. Staat, du Arschloch, wir machen trotzdem weiter!

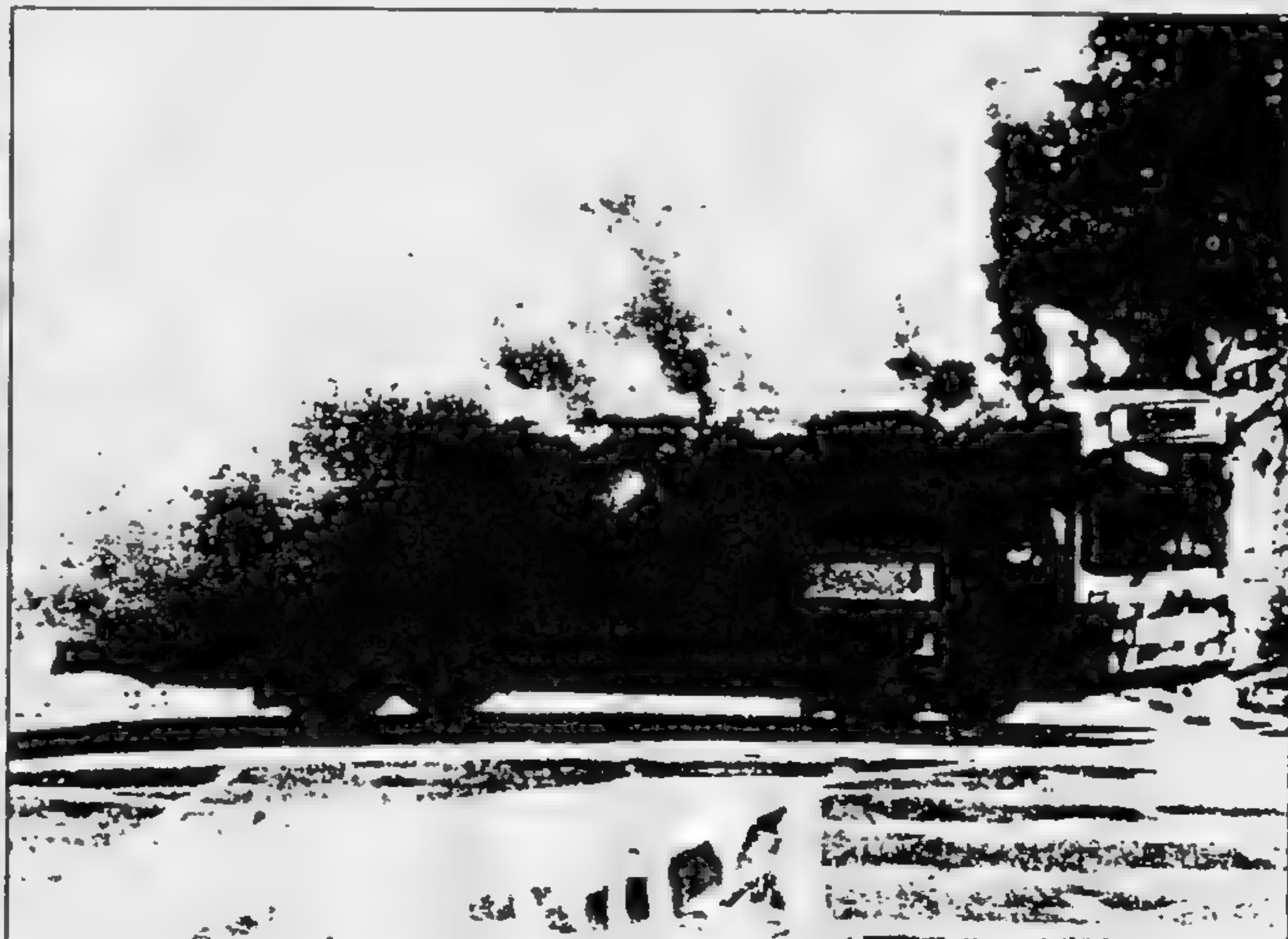


La mar de durrrian y banderas de Nafarroa, algunas de ellas con crespón negro, con crespón negro jabanban la marcha del cuerpo de Mikel Castillo.

JOM

dort am nächsten Morgen verhaftet, als er wie jeden Tag putzen wollte. Die Polizei wirft Mikel, den Verhafteten und den Flüchtigen vor, Mitglieder der legal lebenden Propagandaeinheit "Amaiur" der Eta zu sein, die 1987 drei Sprengstoffanschläge gegen Vertretungen französischer Firmen gemacht hat. Sie hätten nach Aussagen Bautista Barandallas einen Anschlag gegen einen vermutlichen Drogenhändler geplant und die Waffen seien ebenfalls aufgrund seiner Aussagen gefunden worden. Seine Familienangehörigen meinen dazu, "wenn es wahr ist, daß die Polizei das Waffenlager wegen Bautistas Aussagen gefunden hat, dann hat er sie gemacht, weil er mißhandelt wurde." Entgegen der Polizeiversion, es hätte eine bewaffnete Konfrontation stattgefunden, meinen die Gestoras pro-amnistía: "Das war keine Schießerei, weil als einzige die Polizei geschossen hat, und die hat

geschossen, um zu töten. Es war heimtückischer Mord." Bei den Recherchen des Anwalts der Familie von Mikel kam auch heraus, daß Mikel durch eine Kugel mit Plastikkern starb. Diese Munition bezeichnete ein Bullensprecher auf einer Pressekonferenz als "üblich, vollkommen legal und normal." Sie sei "effektiver und schmerzhafter" als andere. "Wie bei allem gibt es besseres und schlechteres". Sie wirke aber nicht wie Dum-Dum-Geschosse. Am 19. September gab es in Iruñea morgens eine Demo mit 1500 bis 2000 Leuten zum Ort des Mordes. Parolen für Eta und gegen die Polizei wurden gerufen. Danach gabs bis zum Nachmittag Straßenschlachten mit brennenden Barrikaden gegen die Polizei. Auf der Beerdigung waren 2000 Leute und ein Meer von baskischen Fahnen. Abends demonstrierten nochmal 4000 Leute in der Innenstadt und errichteten an 17 Stellen Barrikaden, die bis in die Nacht gehalten wurden. Zwischen Tafalla und



Los incidentes más graves se produjeron en Bilbo y Donostia, con barricadas y quema de varios autobuses.

Iruñea wurden zwei Zugwaggons abgefackelt. In Donostia verursachten 3 brennende Busse und andere Barrikaden ein Verkehrschaos. In Etxarri-Aranatz, dem Geburtsort von Bautista, gabs Straßenschlachten bis fünf Uhr früh. In Bilbo waren verschiedene Brücken durch Barrikaden bis in die Nacht blockiert. In Saturtzi brannte wegen eines Mollis eine Bank, in Agurain flogen die Scheiben einer Bank ein. Große Demos mit Straßenschlachten fanden in Gasteiz, Lezo, Portugalete, Ezkerraldea statt und Demos mit 100 bis 200 Leuten u.a. in Amara Berri, Eibar, Tolosa, Villabona, Zarautz, Bergara, Ordizia, Gernika und Barakaldo.

Aktionen zum Hungerstreik von GRAPO und PCE(r)

Am 9. September 1990 um neun Uhr und eine halbe Stunde später explodierten in Tarragona zwei Bomben an Pipelines der Firma Repsol Petroleo. Es gab einen Riesenbrand mit 30 Meter hohen Flammen, der erst zwei Tage später unter Kontrolle war. Menschen wurden nicht verletzt. Einen Tag später gaben sich im Sitz der Sozialistischen Partei Kataloniens in Barcelona zwei Männer, von denen einer eine Knarre hatte, gegenüber einer Telefonistin und des Sicherheitschefs des Parteisitzes als Mitglieder von GRAPO zu erkennen und kündigten an, in fünf Minuten eine Bombe zu zün-

den. Die 40 Anwesenden wurden sofort aus dem Gebäude evakuiert. Eine Viertelstunde später zerstörte eine Explosion das Erdgeschoß des Gebäudes. Der Regierungsbeauftragte für Katalonien verkündete den Alarmzustand für Barcelona, es gab zahlreiche Straßenkontrollen. Die beiden konnten abhauen. Später übernahm ein Anrufer bei einem Radiosender im Namen von GRAPO die Verantwortung für beide Anschläge. Diverse Personen verurteilten aufs Schärfste nicht die Isolationsfolter und die harte Haltung des Staates gegen die Hungerstreikenden, sondern die Anschläge. Ebenfalls am 10.9.90 besetzten in Kopenhagen drei Däninnen und sieben Dänen die spanische Botschaft. Die sofort herbeigerufenen Bullen nahmen die GenossInnen vorübergehend fest.

Demo in Donostia

Im Rahmen einer Regatta demonstrierten in Donostia (San Sebastian) am 9. Sept. ca. 2000 Menschen für die Amnestie der politischen Gefangenen. Auf den Transparenten wurde vor allem die Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen und Flüchtlingen ausgedrückt. Initiiert und ausgeführt wurde die Demo von den Gestoras pro-amnistia. Bei der Abschlusveranstaltung sprach eine Mitfrau der Gestoras und

ein kürzlich aus der Haft entlassener Ex-Gefangener. Die Frau von den Gestoras unterstrich nochmal den kulturellen Charakter der Demo, was ausdrücke, daß die Bewegung im Volk verankert sei und daß die Amnestie-Forderung die Innigste des Volkes sei. Der Ex-Gefangene Jesús Razkin betonte, daß es notwendig sei, daß alle Gefangenen und Flüchtlinge "unter uns" seien und ging auf die Auseinandersetzungspolitik der PSOE-Regierung ein. Diese Politik schaffe extrem harte Lebensbedingungen, Isolation und die Unmöglichkeit, Beziehungen nach draußen aufrechtzuerhalten. Auch die Aktivitäten der baskischen Parteien PNV, EE, EA bezeichnete er als falsch und heimtückisch. Die politischen Verhandlungen zwischen Eta und Staat seien ein Werkzeug des Friedens und der Normalisierung.



Kopfgeld aus der Staatskasse

Spaniens Regierung ließ Mörder anheuern, um den Terror der ETA zu beenden

Von Werner Herzog (Madrid)

Vor zwei Jahren war es ein landesweiter Skandal — jetzt ist es um die Sache still geworden, vorläufig, denn Anfang 1991 wird ein Prozeß gegen die zwei Polizisten anlaufen, die 23 Menschen töten ließen. Sie hatten den Auftrag, Terroristen der baskischen ETA zu erledigen. Die Auftraggeber sind in den höchsten Etagen des Staatsapparates zu suchen, vor Gericht aber erscheinen sie nicht.

Im Juli 1988 hatte Untersuchungsrichter Baltasar Garzon die zwei Polizeikommissare José Amedo und Michel Dominguez an ihren Arbeitsplätzen verhaften und hinter Gitter bringen lassen. Wichtige Zeitungen im Lande druckten die Anklageschrift im Wortlaut ab. Amedo und Dominguez wurden beschuldigt, die Antiterror-Gruppe GAL organisiert und an die „Arbeit“ geschickt zu haben: Nicht die von der ETA verfolgten und erpreßten baskischen Unternehmer, sondern der spanische Staat selber hatte die Todeskommandos ausgesandt, die von 1983 bis 1986 im französischen Baskenland ETA-Mitglieder und -anhänger ermordeten. Staatsterror in Spanien; die Täter im Gefängnis, der Schutzring der Polizei durchbrochen, die sozialistische Regierung auf der Anklagebank — das ist noch nie vorgekommen. Lange Jahre der Franco-Diktatur hatten den Apparat des Innenministeriums beinahe allmächtig und undurchdringlich gemacht.

Noch wenige Wochen vor seiner Verhaftung hatte sich Kommissar Amedo selbstsicher gegeben, Anschuldigungen abgestritten und bei ersten Verhören die Aussagen verweigert. An seinem ersten Tag hinter Gittern besuchten ihn seine Vorgesetzten. Führten mußten verwischt, staatliche Auftraggeber im Hintergrund aus der Gefahrenzone gehalten werden.

Die Regierung war überrascht und nervös: der zuständige Richter Baltasar Garzon hatte sich in seiner Untersuchungsarbeit nicht beeinflussen lassen und sauber recherchiert. Die zwei Journalisten Melchor Miralles und Ricardo Arques hatten den Fall kompromißlos verfolgt und so lange Fäden gesponnen, bis die Schuld der Polizei schwarz auf weiß —

mit Dokumenten — bewiesen werden konnte. Die Mechanismen zur Kontrolle der Regierung hatten funktioniert — ein Triumph für Spaniens neue Demokratie. Die Resultate waren niederschmetternd: Amedo und Dominguez hatten unter Vertrauensleuten der Polizei, unter Rechtsextremen in Spanien und Portugal und unter „drittklassigen“ Kandidaten der Marseiller Unterwelt Mörder gedungen, die im französischen Baskenland geflüchtete ETA-Leute entführten und erschossen — irrtümlicherweise auch schon mal einige völlig Unbeteiligte.

„Als die Sozialisten 1982 ans Ruder kamen, wollten sie den baskischen Terrorismus, das Hauptproblem, das ihnen ihre Vorgänger überlassen hatten, lösen“, erinnert sich Journalist Miralles. Regierungschef Gonzalez beauftragte seinen Innenminister damit, dieses Problem in die Hand zu nehmen. Bald darauf agierte von Bilbao aus die „Antiterroristen-Gruppe“ GAL, die sich offen der begangenen Morde bezichtigte.

Zu einer Lösung führte diese rabiate Methode nicht. Die ETA war und ist weit stärker und wird von der Bevölkerung weit besser unterstützt als andere Terrororganisationen in Europa. Die Morde riefen im Baskenland Generalstreiks und ETA-Gegenattentate hervor. 1987 verschwand die geheimnisvolle GAL plötzlich von der Bildfläche, nicht nur, weil sie fern der Legalität operierte, sondern auch wegen interner Unregelmäßigkeiten.

Kommissar Amedo hatte nach allen Seiten betrogen: Seine gedungenen Mörder sahen die versprochenen Millionen nie. Er benachrichtigte vor den geplanten Attentaten seinen französischen Polizeikollegen Castells. Dieser ließ die Mörder nach frischer Tat verhaften und konnte sich so bei seinen Vorgesetzten brüsten. Amedo zog bei seinen Vorgesetzten die den Mördern versprochene Summe ein, verspielte sie jeweils in Kasinos, und blieb auch dann noch auf seinem Posten, als die Verhafteten gegen ihn auszusagen begannen.

Hat die Regierung sich inzwischen zur Wahrheit bequemt, wird der Prozeß die

wahren Organisatoren der GAL enthüllen? Premier Gonzalez hat bei seiner „Ehre“ geschworen, daß er mit dieser Sache „nichts zu tun“ hat. Doch er hat handeln lassen. Auf Druck der Regierung ist der Chefredakteur der beiden Journalisten entlassen worden. Das Innenministerium hat dem Richter die Einsicht in seine „Sonderfonds“ verweigert, mit denen es die Aktionen der GAL finanzierte. Dabei hatte Richter Garzon festgestellt, daß Amedos Mörderorganisation mit „illegalen Abzweigungen von öffentlichen Geldern“ funktionierte. Zwei weitere wichtige Zeugen, Guardia-Civil-Oberstleutnant Rafael Masa und der Hintermann Paesa, die Waffen verteilten, Schuldige außer Landes brachten und den Prozeß zu blockieren versuchten, werden nicht befragt. Den ersten hat die Regierung auf Sondermission nach Bolivien abgeschoben, der zweite ist Vertreter des afrikanischen Zwergstaates Santo Tome bei internationalen Organisationen in Genf und besitzt diplomatische Immunität. Die Schweiz kann Paesa nicht ausliefern, und Santo Tome erhält hohe finanzielle Unterstützungen von Madrid.

Zum Prozeß werden auch die gedungenen Mörder nicht erscheinen. Das hat die spanische mit der portugiesischen und französischen Regierung abgesprochen. Die Hauptzeugen werden fehlen — und Kommissar Amedo wird ebenfalls nicht aussagen, wer seine hohen Auftraggeber waren. Seine Vorgesetzten haben ihn, so heißt es, mit Hafterleichterungen und Geld für die Zeit „danach“ getröstet.

Dabei hat der Ex-Kommissar allen Grund zur Rache. Seine damaligen Vorgesetzten sind heute alle bestens plazierte und entlohnt: Innenminister Barrionuevo ist wegen „Amtsmüdigkeit“ ersetzt worden und bekleidet jetzt das Amt des Transportministers, die Direktoren für Staatssicherheit sind heute Präsident der Firma Marconi und Sicherheitschef der Fluggesellschaft „Iberia“, der ehemalige Leiter des Polizeikommissariats von Bilbao hat sich zurückgezogen und arbeitet in einer Tochterfirma der staatlichen Telefongesellschaft.

D/R/S



PRESSEERKLÄRUNG

STAATSTERROR IM SCHATTEN DER GOLFKRISE

Seitdem im April d.J. das bestehende Ausnahmerecht in Nordwest-Kurdistan, dem türkisch besetzten Teil unseres Landes, noch einmal verschärft wurde, haben die Nachrichten über größte Verletzungen der Menschenrechte des türkischen Staates nicht aufgehört. Jetzt mit dem Ausbruch der Golfkrise Anfang August hat sich die Lage um ein Vielfaches verschlechtert. Die Türkei nutzt ihre „strategisch wichtige Rolle“ in der Region und die Unterstützung durch die westlichen Staaten aus, um sich in aller Stille ihres eigenen „Kurdenproblems“ zu entledigen.

Inzwischen werden jede Woche über 1000 Menschen festgenommen, wahllos Menschen angegriffen und ermordet. Das Embargo gegen den Irak wird genutzt, um den Menschen in der Region die ökonomische Basis zu nehmen und auf diese Weise zur Migration zu zwingen. Kurdistan wird menschenleer gemacht, die Türkei betreibt unverfroren eine Politik der verbrannten Erde, in dem viele hundert qkm Wald und Berghänge abgebrannt werden. Das ist Völkermord — und die Welt sieht zu, oder besser: schaut weg.

Eine ähnliche Haltung der Weltöffentlichkeit gegenüber dem damals „guten“ irakischen Regime hat das Giftgas-Massaker in Halabja im März 1988 mit vorbereitet. Die TR kann und wird nicht davor zurückschrecken, diesen Völkermord weiter fortzusetzen.

Einige Beispiele des Staatsterrors in den letzten Wochen:

Festnahmen: In den letzten drei Wochen finden massenhaft Festnahmen statt. Bis jetzt konnten wir folgende Zahlen in Erfahrung bringen: 4 Festnahmen im Zentrum von Hakkari, 20 Festnahmen in den Dörfern von Hakkari, 83 Festnahmen im Zentrum von Van, die meisten davon im Stadtviertel Findanlik, wo zumeist aus den Dörfern vertriebene Menschen leben, 30 Festnahmen im Zentrum und in Dörfern von Cizre, 80 Festnahmen in Nusaybin, 16 Festnahmen im Zentrum von Ömerli, 4 Festnahmen im Zentrum von Kerboran (Dargecit), hier gibt es auch in Dörfern festgenommene Menschen, deren genaue Anzahl wir aber bis jetzt nicht feststellen konnten, 28 Festnahmen in dem Dorf Nivila (Cizmeli) in Eruh, 4 Festnahmen in dem Dorf Terhem (Bayramli) in Eruh, darunter auch der Dorfvorsteher, 20 Festnahmen in dem Dorf Erkent in Pervari, 5 Festnahmen in dem Dorf Sit in Siirt, 15 Festnahmen in den Dörfern des Kreises Sirvan, 15 Festnahmen in Pazarcik, 30 Festnahmen in dem Dorf Hilal in Uludere, 20 Festnahmen im Zentrum von Sirnak.

In dieser Liste fehlen die Zahl der Festgenommenen in Semdinli, Yüksekova, Cukurca, Beytusebap, Silopi, Batman, Adiyaman, Bingöl, Dersim und Kars-Agri.

Es werden wahllos Frauen, Kinder und Männer festgenommen und alle ohne Unterschied gefoltert. So ist einer der Festgenommenen in dem Dorf Sit erst 10 Jahre alt. Die Festgenommenen in Van wurden besonders brutal mit Elektro-Schocks gefoltert.

Übergriffe auf Gewerkschafter in Nusaybin:

In der Nacht vom 15. auf den 16. 9. kam es in Nusaybin zu Übergriffen der Polizei gegen Mitglieder der Gewerkschaft Petrol-Is. Nach Angaben der Gewerkschaft drang die Polizei ins Gewerkschaftslokal ein, sonderte zwei gebürtige Istanbuler aus und verprügelte der Reihe nach die anderen kurdischen Gewerkschafter. Der Gewerkschaftsvorsitzende Ahmet Timurtas hat Anzeige gegen den verantwortlichen Kommissar Ismail Aycicek erstattet. Dabei wurde ihm erklärt, daß aufgrund der Streßsituation solche Übergriffe passieren könnten. Insgesamt sind 18 Gewerkschafter dabei verletzt worden. Timurtas bezeichnet den Vorfall als „Ausdruck der Strategie, die willkürlichen Übergriffe, denen kurdische Dorfbewohner seit Jahren ausgesetzt sind, nun auch auf die Stadt, vor allem auf die Arbeiter auszuweiten. Es ist das erste Mal, daß es zu einem Zusammenstoß in der Stadt gekommen ist, ohne jeglichen Anlaß.“ Es wird um Zusendung von Protestschreiben an die Staatsanwaltschaft, die die Anzeige nicht bearbeiten will, und an eine Kopie des Schreibens an die Gewerkschaft gebeten:

- Staatsanwaltschaft: Cumhuriyet Savciligi, Nusaybin-Mardin
- Gewerkschaft: Petrol-Is Batman Subesi, TPAO girisinde, Batman.

Schüler von Cizre werden bestraft

Mit Beginn des neuen Schuljahres haben 273 der knapp 600

Schüler des Gymnasiums von Cizre die Nachricht erhalten, daß sie nicht versetzt wurden. Es handelt sich bei den meisten um aktive Teilnehmer des Volksaufstandes im Frühjahr d.J.

Weitere Beispiele

Uns liegen derzeit eine größere Anzahl von Erklärungen, Pressemitteilungen und teilweise offiziellen Dokumenten zu den Übergriffen der Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung vor. Wir fassen hier nur einige Beispiele exemplarisch zusammen. Ablichtungen der Originaldokumente und Kontaktadressen können bei uns bestellt werden.

Am 5. 9. 1990 wurde der Bewohner des Dorfes Kurdere im Kreis Dicle, Hüseyin Akaslan, auf der Weide des Dorfes in Cemalaga von den Sicherheitskräften erschossen. Später wurde offiziell in der Presse verbreitet, daß es sich bei dem Toten um einen Kämpfer der PKK handelt. In einem Bericht des Menschenrechtsvereins-Diyarbakir, der auf Bitten der Familie des Akaslan eine Untersuchung angestellt hat, wurde festgestellt, daß Hüseyin Akaslan kein Kämpfer der PKK ist. Vielmehr wurde Hüseyin Akaslan willkürlich von den Soldaten umgebracht, als er sich 200 Meter von seinem Haus entfernt hatte. Desweiteren liegt ein Attest der psychiatrischen Anstalt von Elazig vor, daß Hüseyin Akaslan psychisch krank war.

Am 3. 9. 90 wurde der Dorfbewohner Abdi Erbey aus dem Dorf Payamli (Deravit) in Eruh von den Sicherheitskräften mit der Methode der Bastonade gefoltert. Abdi Erbey ist 58 Jahre alt.

Am 30. 8. 1990 wurden den Einwohnern des Dorfes Semse (Günesli) in Siirt von den Soldaten, die in dem Dorf Mööle (Kelekce) stationiert sind, die Ausweise abgenommen. Der zuständige Kommandant erklärte, daß die Ausweise gegen die Übergabe eines Wagen voll Holz jedem Einwohner zurückgegeben werden. Da in der Region im Ausnahmezustand der Aufenthalt und die Fortbewegung ohne Ausweis verboten ist, können die Dorfbewohner ihr Dorf derzeit nicht verlassen. Wenn sie es trotzdem tun werden sie festgenommen und gefoltert.

Am 27. 8. 90 wurde das Dorf Axer (Sariyaprak) in Pervari vom Militär umzingelt. Fünf Bewohner wurden festgenommen. Außerdem wurden über 5000 Pappelbäume, 4 Tonnen Weizen, das gesamte Waldgebiet um das Dorf herum, über 20 Scheunen von den Soldaten abgebrannt. Die 500 Einwohner mußten in die Städte evakuiert werden. Die Tiere durften nicht auf die Weide, wurden sie trotzdem rausgetrieben, erschossen sie die Soldaten. Das Nachbardorf Hole wurde insgesamt abgebrannt, einschließlich der Bienenkörbe und Bienen.

Am 20. 8. 90 wurden in dem Dorf Geravis (Baglica) in Pervari mehrere tausend Nußbäume, Weinstöcke und Obstbäume von den Soldaten abgebrannt. Der Wald neben den Weinstöcken ist auch verbrannt worden . . . Diese Liste läßt sich inzwischen um einige hundert Dörfer erweitern.

Morde

In Cizre wurde ein kurdischer Patriot namens Abdurrahim Tanribilir am 7. 9. festgenommen und zwei Tage später ermordet.

In Uludere wurde in dem Dorf Hilal der kurdische Patriot Halit Benik von den Dorfwächtern ermordet.

Am 20. 8. wurde im Stadtzentrum von Cizre ein älterer Mann namens Gürgün von den Spezialeinheiten erschossen.

Am 24. 8. wurde im Stadtzentrum von Cizre der patriotische Geistliche Melle Abdurrahman von den Spezialeinheiten ermordet.

Wir richten uns noch einmal an die Weltöffentlichkeit mit dem dringenden Aufruf, die Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Nordwest-Kurdistan zu richten, diese Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen und anzuklagen. Die Öffentlichkeit ist der einzige Schutz, den die Menschen in der Region haben. Falls sie nähere Informationen haben wollen, wenden sie sich an uns. Wir können Ihnen alle Dokumente und falls notwendig Kontakte in die Region beschaffen.

Kurdistan-Komitees in Europa

20. September 1990

Anschrift: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1, Tel. 0221/125264, Kurdistan-Komitee, Scheibenstraße 18, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/4983172, Telefax: 0211/4982058.

„Wenn es nach Özal geht, haben wir hier morgen Krieg“

Die Kurden an der türkisch-irakischen Grenze drohen im Golf-Konflikt wieder zwischen die Fronten zu geraten

Von Milena Ergen (Diyarbakir)

Keine zehn Kilometer von der irakisch-türkischen Grenze entfernt befindet sich eine Herberge. Einmal im Jahr machen hier islamische Pilger auf ihrem Weg von der Westküste nach Mekka Station, ansonsten steht die weiträumige Anlage leer oder dient als provisorische Unterkunft für zusätzlich in die Region verlegte Militäreinheiten. Ein schäbiger alter Wagen mit dem Kennzeichen der Grenzregion hält vor dem Tor der Herberge. Auf dem Rücksitz liegt eine verschleierte Frau. Der Fahrer versucht dem Polizisten, der ihm den Weg versperrt, den Grund seines Kommens zu erklären: „Meine Mutter wird schon wochenlang immer wieder ohnmächtig. Jetzt, wo doch so viele Ärzte hier sind, da dachte ich ...“

Die Pilgerherberge dient zur Zeit als Auffanglager für rund 5000 Flüchtlinge aus Kuwait, die von dort über eine Luftbrücke in ihre Heimat Bangladesch ausgeflogen werden sollen. Vier Ärzte des türkischen Roten Halbmondes kümmern sich um sie — ein nie gesehener Luxus für die Region, in der sich ein ganzer Landkreis sonst mit einem einzigen Arzt zufriedengeben muß. Der Polizist vor der Herberge malt seinem Kollegen in den schillerndsten Farben aus, was passieren wird, wenn jetzt alle kranken Dörfler zum Angriff auf die Sanitätsstation blasen und jagt den Mann mit seiner kranken Mutter kurzerhand weg.

Immer wieder werden die Bewohner der Grenzregion in diesen Tagen Zeuge davon, daß Maßnahmen durchgeführt werden, die sie schon seit Jahren fordern. Da wird in Windeseile Beton über staubige Feldwege gegossen, da werden die Krankenhäuser der Kreisstädte mit Fachpersonal und Geräten ausgestattet, von denen sie noch vor zwei Monaten nur träumen konnten. Freude über diesen plötzlichen Segen bleibt allerdings aus, denn alle wissen, daß nicht sie die Nutznießer dieser Maßnahmen sein werden. Offizieller Grund für die hektische Betriebsamkeit ist das am Montag begonnene NATO-Manöver „Deterent Force II“,

an dem sich Truppenverbände aller Bündnispartner sowie Frankreichs beteiligen. „Soviel Aufwand nur für ein Manöver?“ Das will niemandem in der Region so recht einleuchten.

Die Tatsache, daß das eigentlich für Ende Oktober geplante Manöver vorverlegt wurde, paßt zu gut in eine Reihe anderer Entwicklungen, mit denen Ankara den „Ernstfall“ vorbereitet. So ist die Entscheidungsgewalt über die Teilnahme der Türkei an einer eventuellen militärischen Auseinandersetzung im Golf-Konflikt in der vergangenen Woche von der Abgeordnetenversammlung auf die Regierung übertragen worden, was einem Punktsieg für die Falken um Staatspräsident Özal gleichkommt. Ankara verlegt unterdessen große Truppenkontingente in Nacht- und-Nebel-Aktionen in grenznahe Basen — und benutzt dafür normale Reisebusse. Die Presse des Landes wiederum setzt die alte Diskussion über türkische Rechte an der kurdischen Stadt Mosul in Nordirak neu auf die Tagesordnung. „Wenn es nach Özal geht, haben wir morgen Krieg hier“, ist die einhellige Meinung der Bevölkerung.

„Die Guerilla wartete ab“, ist überall in der Region hinter vorgehaltener Hand zu hören, „aber im entscheidenden Moment kann sie das türkische Heer erheblich stören.“ Wie um das zu unterstreichen, wurde in der Nacht des 7. September von der „Kurdischen Arbeiterpartei“ (PKK) eine Brücke auf der strategisch wichtigen Seidenstraße gesprengt und ein Fahrstreifen unbrauchbar gemacht. Am Tag zuvor hatte die Bevölkerung der Grenzstadt Nusaybin mit einem Ladenboykott auf Razzien der Sicherheitskräfte reagiert.

Als die Soldaten sich weigerten, die Leichter dreier PKK-Kämpfer deren Familien zu übergeben, kam es zu Protesten und im Anschluß daran an eine regelrechte Besetzung der Stadt. Panzer und Sondereinsatzkommandos rollten an, brachen die geschlossenen Läden mit Äxten und Stemmeisen auf und umstellten die

Stadt. Mit über 100 Festnahmen wurde die Stadt „ruhiggestellt“, in der Region aber brodelt es weiter. „Mit dem NATO-Manöver soll das türkische Heer in einsatzbereite Position gebracht werden“, meint ein Abgeordneter der Oppositionspartei, der nicht genannt werden möchte. „Wenn überhaupt, dann wird es erst nach dem Manöver ein Eingreifen der Türkei geben. Mit den ausländischen Truppen kommen eine Menge Gerät und Strukturen in die Region. Dann ziehen die wieder ab und unser Heer ist bestens gerüstet, für den inneren Krieg und auch den äußeren.“

Der innere Krieg, das heißt die Anti-guerilla-Aktionen des türkischen Heeres, geht unter dem Vorwand Golfkrise mit beschleunigtem Tempo voran. Zwölf Dörfer zwischen den beiden kurdischen Städten Erzurum und Sirtak wurden im Verlauf des vergangenen Monats entvölkert. Den Einwohnern, die zur Zeit noch in Noma denzelten am Rande der Landstraße leben, wurde klargemacht, daß sie „vor dem Krieg zu fliehen“ hätten. Einer dreißigköpfigen Delegation aus der Grenzprovinz Siirt, bestehend aus dem Gouverneur, dem Bürgermeister und Vertretern aller Parteien, wurde allerdings erklärt, daß ihre Gegend an der türkisch-irakischen Grenze fortan für Kämpfer der „Kurdischen Front Iraks“ geöffnet werden soll. Diese Information löste in der Region nicht eben Optimismus aus: Die Erinnerungen aus dem Golfkrieg, in dem sich jede Seite der „Kurden der anderen“ bediente, sind noch sehr frisch. „Wir müssen eine solche Situation auf jeden Fall vermeiden“, heißt es in Flugblättern, die überall verteilt werden. „Das ist kein Krieg der Kurden“, sagen die Leute in den Teehäusern, auf der Straße, aber auch in einigen amtlichen Stellen, „höchstens ein Krieg in dem Kurden sterben werden, weil sie wie schon so oft in der Geschichte benutzt werden.“

Eine Frau mischt sich in eine Diskussion über das Thema, die natürlich nur hinter verschlossenen Türen stattfinden

kann. Zwei ihrer Söhne sind in den Bergen, eine Schwiegertochter im Gefängnis von Diyarbakir in Sippenhaft. „Was geht uns das Öl an, wir werden doch nicht reich davon. Ich sage dir eins, ich schicke meine Söhne ohne mit der Wimper zu zucken alle in die Berge, auch wenn sie dort sterben. Aber keinen einzigen gebe ich der türkischen Regierung als Soldat.“ „Was haben sich die westlichen Staaten dabei gedacht, als sie Saddam die Waffen verkauft haben, die er jetzt benutzt? Sollen wir hier in der Grenzregion jetzt die Rechnung der westlichen Profitgier zahlen?“ sagt der Bürgermeister von Cizre.

Auch die Arbeiter in den einzigen großen türkischen Ölförderungsanlagen in Batman und Adiyaman sind sich bewußt, daß sie bei einer möglichen Auseinandersetzung mit den Ölfeldern und einem Militärluftflughafen in Batman genau im Fadenkreuz stehen. Die Sicherheitsvorkehrungen sind verdoppelt, die Arbeiter haben Urlaubssperre und müssen das immer kostbarere schwarze Gold nun 14 bis 15 Stunden am Tag fördern und transportieren. „Wir sind gegen einen Krieg“, sagt einer der Arbeiter, „schon jetzt werden wir ausgepreßt bis zum letzten Blutstropfen, damit die Türkei ihre Ölreserven auffüllen kann. Aber wenn es ernst wird, dann spielen wir nicht mehr mit, dann werden wir unsere Position hier ausnutzen und unseren Forderungen Gewicht verleihen.“ Während sich in der Grenzregion Furcht und Unmut breit machen, verkünden türkische Zeitungen in Balikenüberschriften, das Aschenputteldasein der Türkei habe nun ein Ende. „Es kostet die Türkei wenig, sich beim Westen lieb Kind zu machen“, werden solche Meldungen in den Grenzstädten kommentiert. „Die Gelder, die dann kommen, fließen nach Ankara, den Schanden haben wir hier in der Region. Und nebenbei wird der türkischen Regierung für ihre Treue vielleicht auch noch die endgültige Lösung der Kurdenfrage mitgeliefert.“

D/R/S

!! A U F R U F !!
ZU EINEM ♀ & ♀♀ TREFFEN
ZUM 2. NOVEMBER

Am 2.11.1979 ist
ASSATA SHAKUR

schwarze Revolutionärin aus der
Black Liberation Army in den USA nach 6 Jahren
Haft aus dem Knast befreit worden.

Auf dem 2. Internationalen ♀ & ♀♀ - Camp gab es eine
Veranstaltung zu den politischen Gefangenen in den USA
und eine weitere zu Knästen im spanischen Staat und zum
Hungerstreik der politischen Gefangenen aus GRAPO u. PCE(r).

Die daran teilnehmenden ♀ & ♀♀ überlegten auf einem Koordinationstreffen
einen internationalen Tag zu Frauen im Knast zu machen. Dabei einigten
sie sich auf den 2.11. (dieser Tag soll jedes Jahr zum Aktionstag werden!)
an dem ♀ & ♀♀ Aktionen zu Frauen im Knast machen.

Diese Aktionen sollen sich - so platt und allgemein das erst mal klingt -
gegen Imperialismus und Patriarchat richten. Genauer bestimmt soll der Tag
in den einzelnen Städten bzw. Ländern werden.
In mehreren Städten in der BRD und anderen Ländern gibt es dazu
Vorbereitungsgruppen.



In West-Berlin gab es bisher
ein Treffen, an dem nur sehr
wenige ♀ & ♀♀ teilgenommen
haben.

Wir haben Fragen an Euch
(auch an uns)

- gibt es ♀ & ♀♀, die sich
schon dazu Gedanken gemacht
haben?
- gibt es Überlegungen zu Aktio:
Kundgebung vor der Plötze ode.
anderswo?

Auch wenn die Zeit knapp ist,
wollen wir dennoch versuchen
gemeinsam etwas zu dem Tag zu
entwickeln.

!! A U F R U F !!
ZU EINEM ♀ & ♀♀ TREFFEN
ZUM 2. NOVEMBER

KULTUR

HEIMKINO

Fr., 19.10.
22.50, 3SAT
"Wertvolle Jahre"
Dokumentarfilm zum Thema
Startbahn

Mo., 22.10.
21.00, N3
Malteser Falke
mit H. Bogart

22.30, 3Sat
"Restrisiko oder die
Arroganz der Macht"
Film über Wackersdorf

23.00, ZDF
"Und Wasser brennt doch"
Spielfilm über die Türkei

ASSATA
Eine Autobiographie
von Assata Shakur
Agipa-Press

Klaus Kordon
"Die roten Matrosen.
Ein kalter Winter."
Beltz-Verlag

Ein Buch über die Jahre
1918/19

● GALERIE AM CHAMISSOPLATZ
Chamissoplatz 6, 1-61, Di-So 14-19 Uhr
„Ales Barane“ bis 18.11.

Das waren noch Zeiten...



... als Walter Ulbricht auf der
Hannovermesse den Schnittmuster-
bogen für Westjeans heimlich
auswendig lernte.

vorwärts immer
rückwärts nimmer

SPRUCH DER WOCHE

34

Kotti - neulich
du: schwarze Hose,
schwarze Jacke, schwarzes
Tuch. ich: schwarze Jeans,
schwarze Jacke, schwarzes
Tuch
Chiffre: farbig

termine

^{eine Verladung}
Alle Leute, die als Zeug/inn/en wegen des angeblichen Mordversuches, am 3.10 auf dem Alex ca 20.40 Uhr, haben, bitte persönlich beim EA, dienstags zw 20.00 und 22.00, melden

DONNERSTAG, 18.10 17.00 DEMONSTRATION

Gegen die Vernichtungsfolter - für Zusammenlegung
Treffpunkt: Kottbusser Tor

FREITAG, 19.10

- 19.00 Berliner Demo-Vorbereitungstreffen für die DEMO am 3.11
" Der Tod ist ein Meister aus Deutschland "
- 20.00 Film "Born in Flames " im Cafe VAMOS, Marchstr.23 nur für ♀ und ♀♀
anschließend VoKü
- 20.00 Informations- und Diskussionsveranstaltung für eine breite und starke
Totalverweigerungskampagne
im Antiquariat im Tuntenhaus Forellenhof Mainzer Str.4
- 20.00 Fete im Cafe GESCHWULST, Ihnestr.22 im Keller
- 21.00 "1 Jahr LÜBBI " ProzesskostenDISCO im SO 36

SAMSTAG, 20.10

- 13.00 Bundestreffen zur 3.11 Demo
im Versammlungsraum im Mehringhof
- 22.00 ProzesskostenFETE für Luiti, Ute und Holger in der SFE, Gneisenaustr.2
es laufen Filme u.a. "through the wire " und " Kommune Karl Marx "

SONNTAG, 21.10

- 16.00 Treffen für Frauen und Lesben, die etwas zum 2.11 machen wollen
(der 2.11 ist der Internationale-Frauen-Knast-Aktionstag)
Falkeladen, Falkensteinstr.46 1/36
- 19.00 VoKü im SUBVERSIV, besetzte Brunnenstr.7

MONTAG, 22.10

- 19.30 Lesung von Dieter Schubert
Antiquariat Forellenhof, Mainzer Str.4
- 20.00 " Frida Kahlo " Videofilm in der Galerie OLGA BENARIO, Boddinstr.61

MITTWOCH, 24.10

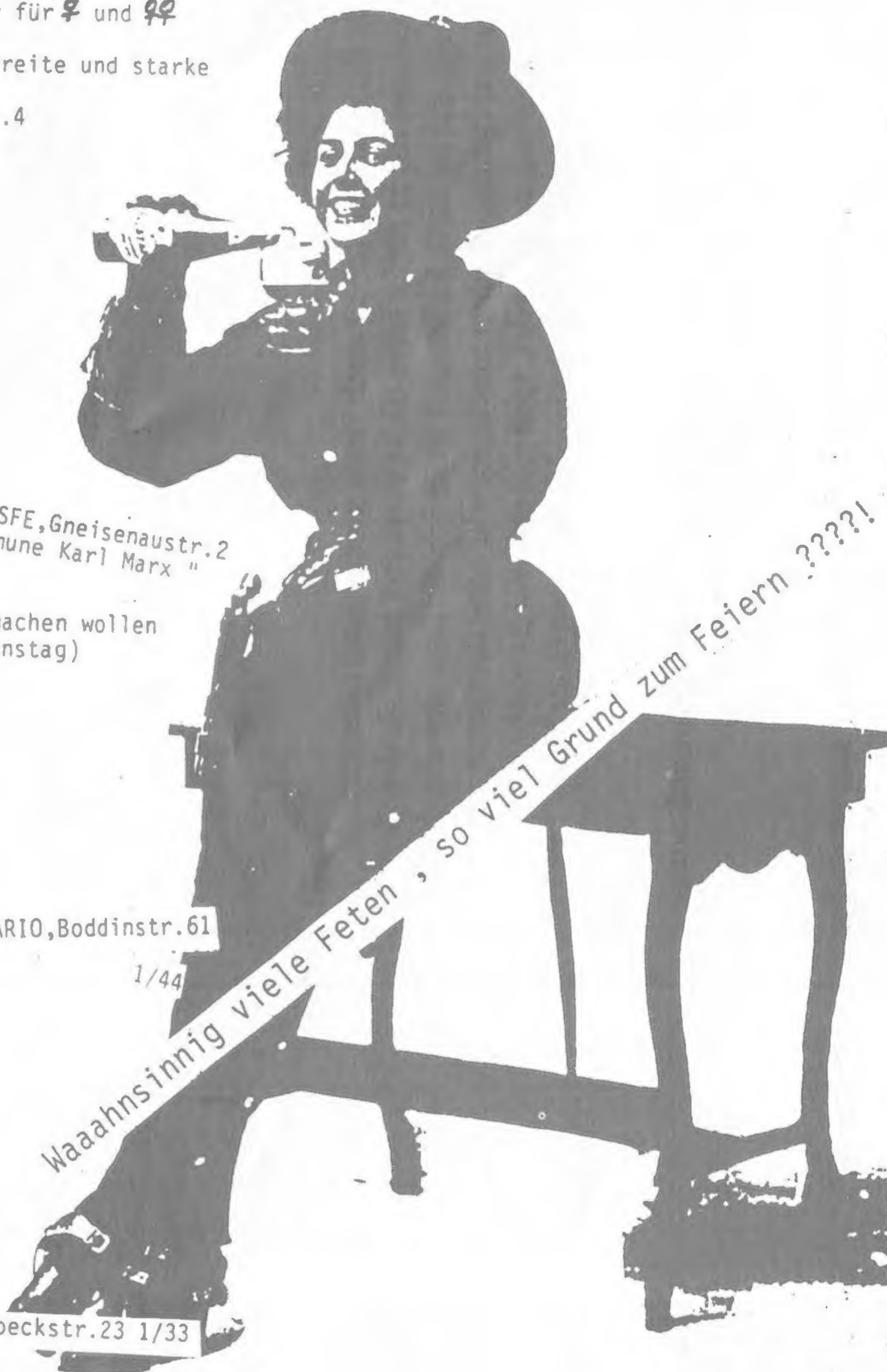
- 11.00 Prozess wg Aktionstag Sextourismus und Frauenhandel
Amtsgericht Moabit, Saal 322 1.Stock
- 12.00 "ne Infoparty im Info Cafe in der Schweinemensa, FU Fabeckstr.23 1/33

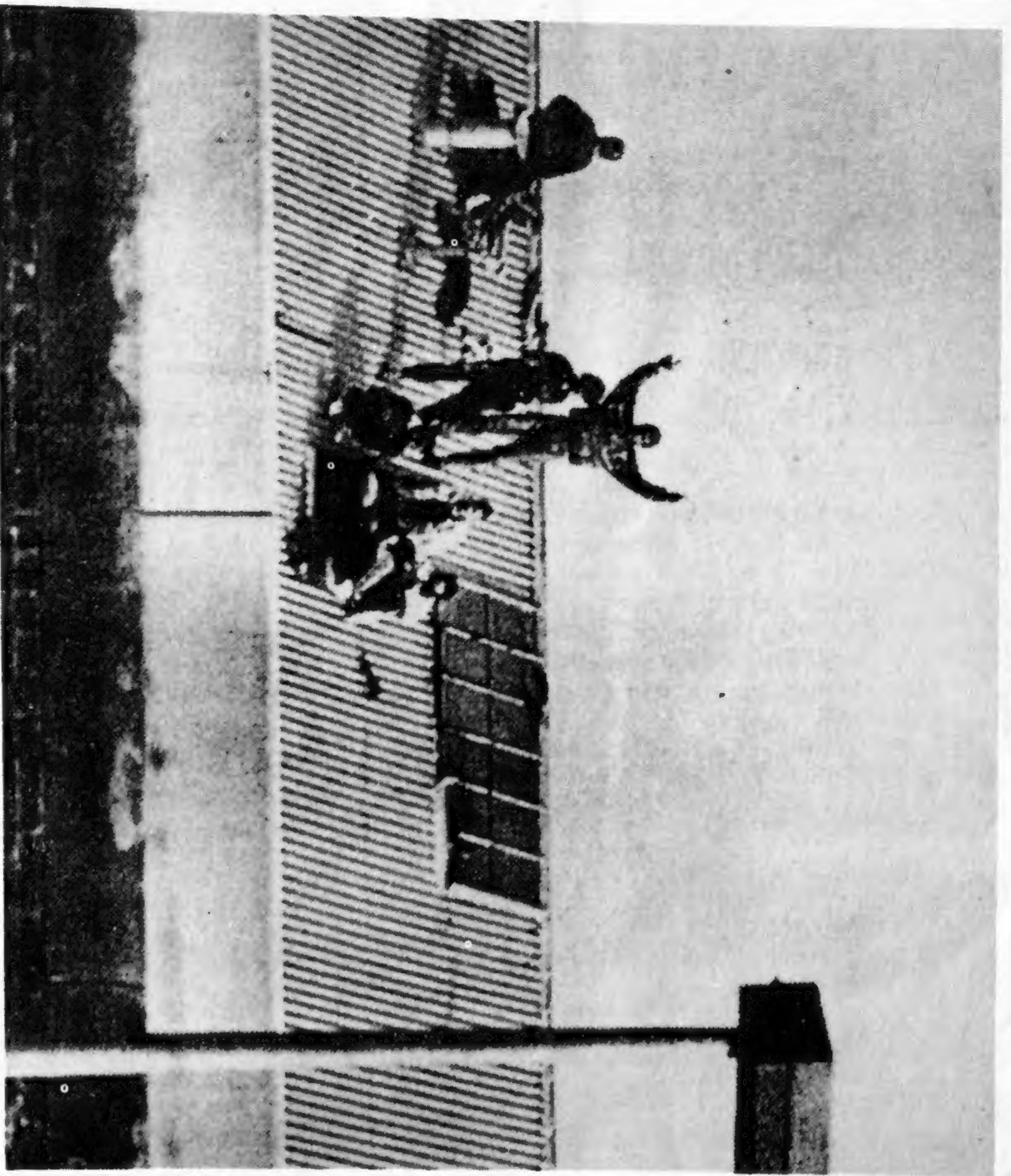
DONNERSTAG, 25.10

- 19.00 Guatemala-Veranstaltung, Bericht einer studentischen Delegation über die Situation
in den Wehrdörfern, Video über eine Guerilla-Aktion
Mathegebäude der TU
(die Veranstaltung findet am 2.11 nochmal im Antiquariat im Forellenhof statt)

FREITAG, 26.10

- 21.00 und Kiezdiscoaktionsfete für Prozesskosten, mit überraschenden Spielen
bringt Instrumente mit, Yorkstr.59 HH 2.Stock





denn was ist das, wenn man dich in einem Bereich gefangenhält, in dem du so vollkommen isoliert bist, das enge emotionale beziehungen erfolgreich abgebrochen werden können.....

über eineinhalb jahre jetzt die post systematisch vorenthalten wird.....

wo versucht wird, jede emotionale unterstützung zu zerstören, indem besuchsverbote ausgesprochen werden.....

wo verhindert wird, das ich über die haftbedingungen nach hause oder zu freundinnen schreibe, indem dann diese briefe per verfügung angehalten werden.....

wo sie mich ganz klar in neue und zweideutige situationen bringen, in denen die normen bewußt unklar bleiben und dann druck auf mich ausgeübt wird, um der folter hier zu entgehen, um eine atempause zu erhalten, oder mich an das gewünschte anzupassen.....

und dann die monopolisierung der wahrnehmung, indem ich von allen körperlich isoliert bin, kein berühren anderer menschen, niemand beim besuch spüren können....

das die bewegungsfreiheit so eingeschränkt ist durch die übergroßen möbel, wo ich fast nichts auf der zelle haben darf und eben 23 stunden, sonn- und feiertags 24 std. zu leben habe.....

ein sozialer gefangener aus stammheim

"gefremt habe ich mich aber doch, festzustellen, daß es noch einen gewissen zusammenhalt unter den kollegen hier gibt. Etwas, das ich in dieser form nicht vermutet hätte. da draußen wurde alles geteilt. keiner hat gesagt, das ist mein kaffee und wenn ich dir jetzt was abgebe, komme ich selber nicht hin. es war unwichtig, ob einer ausländler war oder deutscher. sie haben alle zusammen um die feuer gesessen und geredet, spaß gehabt und geraucht oder gefroren. sie haben sich sogar zusammen in eine wolldecke gewickelt, wenn einer keine hatte.."

"von gefangenen, deren gesundheit oder andere gründe ein draußensein entgegenstand, wurde alles, was wir brauchten, aus den fenstern gereicht, abgeseilt oder hinaufgereicht...."

ein sozialer gefangener aus santa fu

